

Erscheint täglich außer Montags. Preis per Nummer: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Preussland u. Oesterreich: Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Eingere. in der Post-Beilage-Preisliste für 1894 unter Nr. 6910.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Red.: J. M. 1894. Telegramm-Adress: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Reuth-Strasse 2. | Donnerstag, den 8. November 1894. | Expedition: SW. 19, Reuth-Strasse 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Quittung.

Im Monat Oktober gingen bei der Parteikasse folgende Beiträge ein:

Altenburg 300.—, Apolda, O. St. B. 10.—, Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kreis 558,50, 4. Kreis (CA) 500.—, 4. Kreis (Südost) 300.—, 6. Kreis (Moabit) 200.— (darunter: D. B., Beuststr. 5.—, Wette zwischen Tülliger und Jhde 1.—), 6. Kreis (Oranienburger Vorstadt, Wedding und Gesundbrunnen) 450.—, 6. Kreis (Schönhauser Vorstadt) 200.—, 6. Kreis (Kosenthaaler Vorstadt) 250.— (darunter von einer rothen Hochzeit Putzfrauenstraße 21 1,30, Berlin div. Beitr.: P. S. 50.—, A. B. 50.—, Nothe Buchbinder aus der Grünstraße 10.—, Jehu Rontobach-Arbeiter Oranienstr. 119 4,35, C. B. 2.—, Von Fel. M. L. 5.—, Von zwei Genossinnen 5.—, Von Frauen 200.—, D. S., ein Trinkgeld 3.—, Dr. L. H. 40.—, Schriftsteller Sch. M. 5,03, Buchbinder d. „Vorw.“ 10.—, M. B. 75.—, J. B. 25.—, Amerik. Auktion gemüthl. Beisammensein Wörthstr. 19 b. Schmidt 10,50, Pufferkolonne Müncheberg 5.—, für 2 Monate v. Mittel d. U. Tr. 9,30, Amerik. Auktion Verlobungsfeier v. M. G. u. H. P. 3,06, Buchdrucker-Personal des „Vorwärts“ 100.—, Sächsischer Staatsangehöriger in Moabit 20.—, D. S. in R. 2.—, Tischlerkassette E. durch Willhardt 14,50, F. B. 48.—70.—, Durch H. B. beschädigter Rauchfisch —,75, für einen Vortrag im ersten Wahlverein v. G. Wagner 3.—, Nothe Geburtstags Klinge 5,55, Tischlerwerkstatt Neumann Reichenbergerstr. 51 3.—, Junold 1.—, Kellerarbeiter bei Schuster u. Baer 8,33, Gieserei Prinzenstraße 25 10.—, Wolter, Wöhlingstr. 7, Ueberschuss der Bierprojekte 10.—, Jugendbund (September und Oktober) 14.—, Arbeiter von Schuster u. Baer 17,75, Bochum, gesammelt auf einer rothen Hochzeit durch E. Sch. 8.—, Bremen, gemüthliche Einweihung einer Wirthschaft 2,40, Bremen, rothe Hochzeit Kollestr. 9 durch G. B. 5,45, Woppar 3.—, Belgien, vom rothen Sachfen 1,80, Breslau, rothe Bröder, Klosterstr. 46 1,83, Crefeld, eifriger Leser der „Niederrhein. Volkstribüne“ 5.—, Cottbus, Stammtisch Horges Restaurant 5.—, Nothe Hochzeit 2.—, J. S. 32 3.—, Sa. 10.—, Cassel, gemüthliche Maler beim Spay 5.—, Drossen 1.—, Dölan bei Greiz, amerikanische Auktion grüner Jungens 1,40, Dresden, Pieschen, rothe Hochzeitsnachfeier in Mitten durch E. 4,50, Dessau, von Frauen und Mädchen 21.—, Eving, für eine gepfundete Preise vom Wädmessner P. 2,11, von den rothen Knappen 3,39, amerik. Aukt. 1,30, Sa. 6,50, Gisleben, gef. v. Frauen u. Jungfrauen 30,55, Goena, von Arbeitern 10.—, Freiburg i. B., S. D. 2.—, Firenze, P. Joppi 20,08, Fürth, rother Rauchfang 5,95, Falkenberg (Oberschl.) 2.—, Gera (Reuh) 50.—, Goldberg (Schlef.) 30,05, Görlitz, a. d. Görlitz-Laubaner Wahlkr. 50.—, Gera, gef. i. Schöneburger Hof 2.—, Hamburg, v. zwei sozialdemokratischen Staatsbeamten 40.—, Hamburg, von einem sozialdemokratischen Staatsbeamten 20.—, Hamburg, Uebersch. vom Gr. Burshah 2—6 19,65, Harburg, A. T. 20,05, Hamburg, Zigarrenfabr. v. Böhling u. Rühle 15,40, Zigarrenfortirer B. u. M. 1. Rate

5.—, 2. Rate 5.—, Sa. 10.—, Hamburg, rothe Hochz., Breitstr. 41, 1,20, Hamburg, rothe Bude, Hopfenmarkt 15.—, Hamburg, F. W. 6,70, Hamburg, Ueberschuss einer Krangspende 2,55, Hamburg, von der Werkstelle Padge u. Delle 10.—, Hamburg, Bau am Mittelweg Borgfelde, 2. Rate 20.—, Hamburg, Bau an der Streifenstraße, 1. Rate 16.—, Hamburg, von J. u. D., Bau an der Garten- und Streifenstraße, Billhörnerdöbrendamm, 19,25, Almenau, Ueberschuss vom Zigarrenkonsum d. Weißgerber 10.—, Königsberg, A. M. 30.—, Lübeck, Wahlkr. 200.—, Langendieselau, durch H. Kühn v. d. Genossen aus dem Sulengebirge 50.—, Lauenburg a. E., gef. auf einem rothen Geburtstags der Böttcher 3,03, Landeshut i. Schl., von Genossen 15.—, Mülhausen i. E., einer, der den Himmel auf Erden sucht 3.—, Nordburg, Spaziergang 2,03, München, F. J. 3.—, Neudamm, zielbewusste Genossen 5,70 (dav. amerik. Aukt. 1,70), Ravens, von den Tabakarbeitern 6.—, Reutendorf bei Rowanowes P. S. 1.—, Reustadt i. Schl., v. Genossen 15.—, Offenburg, v. d. „Gesellschaft“ 10.—, Ottenfen, Schwalbenhochzeit 4,20, Ottenfen, fidele Geburtstagsfeier durch H. 8,50, Pforzheim 10.—, Reichenbach, gef. auf dem Kinderfeste 19.—, Roswein, v. d. Rothen 10.—, Schönlank, von sämtlichen Zigarrenarbeitern durch G. Meyer 13,30, Strassburg i. E., Vorwärts! 50.—, Solingen, durch den Vertrauensmann 65.—, Sagan 5.—, Tiefenfurt, durch den Vertrauensmann 12.—, „Vorwärts“, 3. Quartal 1894, 13 796,90, Welbert 30.—, Wittenberge d. Freischüler 3,25.

Berlin, den 7. November 1894.
Für den Parteivorstand
A. Gerisch, Kaybachstraße 9, 1 Treppe.

Zum Attentat auf die deutschen Landarbeiter

ergreifen jetzt endlich in der neuesten Nummer 5 ihrer Mittheilungen des Vorstandes des Verbandes zur Verbesserung der ländlichen Arbeitsverhältnisse für die Provinz Sachsen" etc. die Urheber des famosen Gesehentwurfes, den wir bereits zwei Mal gekennzeichnet haben, das Wort. Ihre Entrüstung darüber, daß wir uns zu einer Kritik der Sachverständigen erstreckt haben, kennt natürlich keine Grenzen. Die Polemik gegen unsere Artikel, zu deren Wiedergabe selbstverständlich der Raum fehlt, sowie gegen denjenigen des Genossen Dr. Duard im „Sozialpolitischen Zentralblatt“ fällt nicht weniger als sechs von den zwölf Druckseiten der „Mittheilungen“ aus. Von zwei Seiten gleichzeitig wird das agrarische Geschick auf uns abgeseuert. Das Verbandsbureau tritt mit einer Erklärung auf, und Sachland selbst liefert einen langen Artikel. Sehen wir uns beide nach der Reihe an.

Die Erklärung des Verbandsbureaus ist eine Perle unfeindlicher Komik. Sie besagt: „Der von uns veröffentlichte Gesehentwurf zur Regelung der ländlichen Arbeitsverhältnisse hat in neuerer Zeit in der sozialdemokratischen Presse einige Besprechungen und Angriffe erfahren, die uns den deutlichsten Beweis dafür liefern, daß wir mit dem Gesehentwurf den Deutschen sehr unbequem geworden sind, denn sie suchen unter allerhand sinnverfälschenden Deutungen eine Agitation dagegen hervorzurufen, die ihren Unmuth darüber sehr deutlich zeigen, uns aber zugleich die Gewißheit geben, daß sie selbst von dem guten Einfluß auf die dadurch zu erwartende Sicherung unserer Arbeitsverhältnisse überzeugt sind.“ Dem Genossen Dr. Duard wird dann vorgeworfen, daß er als Abonement der „Mittheilungen“ den Gesehentwurf schon seit März d. J. in Händen gehabt habe und daß ihm dieser Artikel sehr schwer geworden sei und daß er ihn im „Sozialpolitischen Zentralblatt“ erst im September veröffentlichte. Er habe den Unterschied zwischen Gesehnt und ländlichen Arbeitern „durchaus nicht begriffen“, von den Zuständen der Arbeitsverhältnisse auf dem Lande nicht die geringste Kenntniss, und es ist sonach das ganze Nachwerk als ein leeres Phrasengebimmel anzusehen.“ Dann folgt eine Abschloßung des „Vorwärts“: derselbe „legt unflexibel Gesehentwurf Motive unter, die eben nur in dem Gehirn eines gerabten verbohrtten Agitators entstehen können, um damit eine Heerei zu treiben, die ihnen (sic!) natürlich ohne mannsfache Verdrehtungen und unlauteere Zusätze ansichtslos erscheinen müßte.“ Unsere Zusätze zu der „Berichtigung“ Sachlands waren „derart giftig“, daß er (der „Vorwärts“) dadurch wieder verhält, mit welcher inneren Verbissenheit er sich gegen den ihm durch das Preßgesetz auferlegten Zwang sträubt.“ Soweit die „sachliche“ Entgegnung der agrarischen Verbandsleitung. Es ist uns ganz lieb, einmal solch' eine gedrängte Probe der Form und des Inhalts wörtlich geben zu können, welche die Auslassungen dieser Grundbesitzer-Organisation auszeichnen. Sonst beliebt man von dieser Seite unsere Neuperungen als möglichst „unüberlegt“ und „oberflächlich“ hinzustellen; jetzt heißt es umgekehrt, die Arbeit eines unserer Schriftsteller über die Sachverständigen müsse „dem Herrn recht schwer geworden sein“, weil er sich gründlich Zeit nahm, das Attentat, das in Gestalt eines Gesehentwurfs vorlag, kritisch zu zergliedern und seine Arbeit veröffentlichte, als es ihm passte, ohne die Agrarier darüber zu fragen. Der Gesehentwurf soll uns „unbequem“ geworden sein; in Wirklichkeit haben wir den-

Feuilleton.

Erinnerungen eines Kommardens.

Aus dem Französischen von Jakob Rudorf.
Weil dieses vorläufig Ihr letztes Diner in Paris ist, mein lieber Wiedererwacher,“ fing der Doktor an, strahlend vor guter Laune, „habe ich der Köchin befohlen, unsere Tafel extra gut zu versorgen und ich selber habe den Wein besorgt. Antoine.“
„Major?“
„Außer unserer Katharine weiß keine Seele um die Anwesenheit dieses Herrn?“
„Keine Seele, Major!“
„Du hast nicht etwa geplaudert, wenn Du getrunken?“
„Plandern, Major!“ erwiderte Antoine in beleidigtem Tone. „Plandern! Sie haben für die Junge: „Dahn in Ruh!“ befohlen, und das ist genug gesagt.“
„Es ist gut. Gib unserem „Kofal“ eine doppelte Portion Gafex. Wir werden diese Nacht eine scharfe Fahrt haben.“
„Kofal“ war ein starkes Pferd, ein Teufel von einem Pferd, welches nicht seines Gleichen hat,“ meinte Antoine. „Um 9 1/2 Uhr, Major?“
„Wie ich befohlen!“
Antoine machte aus militärischer Gewohnheit „Reht“, mit der rechten Hand in der Höhe des Auges.
„Thue des Guten nicht zu viel!“ ermahnte der Doktor.
„Keine Gefahr, Major, ich werde aufpassen,“ beruhigte er im Fortgehen.
„Das ist ein Mensch, ein treuer aufrichtiger Mensch, dieser brave Antoine!“ konnte ich nicht umhin zu äußern, als wir allein waren.

Das ist wiederum ein Irrthum, in welchem Sie sich befinden,“ erwiderte der Doktor, indem er sich eine starke Schnitte von Hammelskeule nahm. „Wenn Antoine ein Mensch wäre, er wäre nichts mehr werth, als dreiviertel seiner Mitgeschöpfe.“
„Wie?“ sprach ich bestürzt, „das ist nicht!“
„Ein Mann? Gewiß nicht! Antoine ist ein Hund. Sie kennen doch den Ausspruch Charlet's: „Das Beste am Menschen ist der Hund!“ Nun also, Antoine ist ein solches zweibeiniges Geschöpf, von welchem Charlet spricht.“
Während der Doktor auf diese Weise mir seine philosophischen Anschauungen über die Menschen im Einzelnen und menschlichen Verhältnisse im Allgemeinen mit der Gabel und dem Tranchirtmesser in der Hand auseinandersetzte und zwischen durch auf gute und glückliche Reise aufstieg, sehen wir nach, was sich in dem Hause am Boulevard Gleich ereignete.
Fünf Minuten vor Neun verließ der Baron Meylan einen Mietwagen, welchen er nicht weit von der Wohnung Sylvia's verabschiedete und lenkte seine Schritte dem Hause zu. Die Pforte, welche die Einfahrt in den Hof verschloß, war gewöhnlich bis elf Uhr geöffnet und erlaubte Fußgängern sofort eine schattige Allee zu betreten, welche bis zur Treppe des kleinen Hauses führte.
Aufgeregt durch den doppelstimmigen Inhalt des Briefes, welchen er von Sylvia empfangen, hatte er sich gekleidet wie ein Bräutigam am Tage der Hochzeit und er bewegte sich vorsichtig auf den Fußspitzen vorwärts.
Als Sylvia ihn kommen sah, eilte sie vom Fenster fort in ihr Schlafzimmer, nahm aus dem Kästchen das Billet, welches sie am Abende vorher zu wiederholten Malen gelesen, verbarß es in ihrem Nieder und ließ den kleinen Revolver in ihre Tasche gleiten. Dann ging sie dem Baron entgegen ihm zu öffnen.
Dieser klingelte schüchtern.

„Lieber Vetter, seien Sie willkommen,“ begrüßte ihn Sylvia, als sie ihm die Thür öffnete.
Wie versteinert verharrte der gedehnte Baron mit weit aufgerissenen Augen von der Schönheit des bewunderungswürdigen Wesens geblendet, auf der Schwelle der Wohnung.
„Zürnen Sie mir noch, lieber Kousin, daß Sie mir nicht einmal die Hand reichen?“ fragte sie ihn mit ihrer melodischen Stimme in einladendster Weise.
„O nein, nein!“ stotterte er mit vor Aufregung erstickter Stimme und indem er sich auf die ihm dargereichte Hand stürzte, küßte er dieselbe mit so glühenden Lippen, daß es Sylvia vom Scheitel bis zur Sohle mit Abscheu durchzuckte und ihr schönes Gesicht sich mit Todtenblässe überzog.
Als der Baron den Kopf wieder erhob, erschrackte ihn das bleiche Aussehen Sylvia's und besorgt richtete er die Frage an sie:
„Sind Sie etwa krank, Kousine?“
„Nein, das eben nicht; doch habe ich von Zeit zu Zeit Herzklopfen. So, jetzt ist es schon vorüber,“ sprach sie lächelnd. „Haben Sie die Güte, näher zu treten, Kousin.“
Der Baron machte eine salonmäßige Verbeugung und bemerkte mit einem Blicke, als er den Salon betrat, durch die halb geöffnete Thür des Schlafzimmers, wie die weichen, schattenhaften Umrisse eines Bettes sich in verlockender Weise abzeichneten.
Der Salon sowohl wie das Schlafzimmer waren durch eine Alabastrerlampe, welche matt von der Decke herniederstrahlte, erleuchtet und in dieser halben Dämmerung winkte ein breiter Divan, auf welchen Sylvia ihren Besuch durch ein Zeichen sich niederzusetzen einlud.
„Sagen Sie sich,“ sprach sie mit Inneth, „und erlauben Sie mir, daß ich das Fenster schliesse. Ich glaube, das Unwetter würde vorüberziehen, aber es scheint im Gegentheil gerade zu beginnen.“

selben den Genossen auf dem Lande bekanntlich als beste Kapitalandrichterschaft empfohlen. Und so geht das Gegentheil von Wahrheithaftigkeit durch die ganze „Erklärung“ des Agrarierverbandes. Sie dient als klassisches Beispiel für den bekannten Satz: „Wo keine Gründe vorhanden sind, dort wird geschimpft.“

Aber nun zum Hauptthemen des Stücks, zu dem Rechtsanwalts Suchsland und seiner Entgegnung. Er hat in seiner „Berichtigung“ von Anfang Oktober indirekt bestritten, Direktor des Bundes der Landwirthe gewesen zu sein. Da mag es zunächst zur Kennzeichnung des Herrn dienen, daß er offenbar seine persönlichen Verhältnisse zu verschleiern gewohnt ist. In dem offiziellen Protokoll der Verhandlungen der Generalversammlung des Verbandes zur Verbesserung der ländlichen Arbeiterverhältnisse v. vom 14. Dezember 1893 heißt es wörtlich als Aeußerung des Vorsitzenden, Landrathes von Werther, daß „Dr. Suchsland nach Berlin berufen wurde, um dort die Stelle des leitenden geschäftsführenden Beamten beim Bunde der Landwirthe zu übernehmen. . . . Er ist gegangen und Herr Jordan ist eingesprungen. . . .“ Was soll man nach dieser offiziellen Feststellung zu der „Berichtigung“ Suchslands sagen? Auch über unsere Aeußerung, daß er mit einem vielgenannten Würzener Gemeindebeamten identisch sein dürfte, gleitet der sonst so schreibselige Held mit völligem Stillschweigen hinweg. Es wird also beides zutreffen, trotz der „Berichtigung“, nur daß die Herrlichkeit der „leitenden Stelle“ beim Bund der Landwirthe inzwischen wieder aufgehört hat. Auch Suchslande haben ihre Schicksale. . . . Die „sachlichen“ Erwiderungen, die der Haupturheber des Attentates auf die deutschen Landarbeiter bringt, gehen nicht so ganz in bloßer Schimpferei auf, wie die „Erklärung“ des Verbandes, sie bringen sogar einige neue und interessante Mittheilungen; aber ändern können sie an dem Urtheil über das verübte Attentat gar nichts. Bemerkenswerth ist zu Anfang das Geständniß, der Gesehtwurf wolle die einjährige Lohnknechtschaft auf dem Lande, auch wirklich rechtlich sichern, da das Arbeitsverhältniß „in der Regel in ganz Deutschland auf ein Jahr abgeschlossen wird.“ Wir quittiren dankend über diese Offenheit, deren Begründung übrigens mit den Thatfachen, namentlich bezüglich der Wanderarbeiter und Tagelöhner, die ja hauptsächlich auch der „Segnungen“ des Gesehtwurfes theilhaftig werden sollen, in schreiendem Widerspruch steht. Doch darauf kommt es einem Suchsland nicht an. Sodann wird der Versuch, den ländlichen Kontraktbruch durch Reichsgesetz strafbar zu machen, damit entschuldigt, daß jene Strafbarkeit für das — Gesinde schon im ganzen Deutschen Reich mit Ausnahme von Baden bestehe. Eine bessere Bestätigung dafür, daß die edle Absicht der ganzen Suchslanderlei darin besteht, den Landarbeiter durch erweiterte Gesehtung zu verfluchen, konnten wir uns nicht wünschen. Bitteres Unrecht haben wir dem Suchsland freilich bezüglich der „genauen Meldepflicht des Arbeiters und Arbeitgebers“ gethan. Nicht des Unternehmerinteresses halber soll die mittelalterliche Kontrolle eingeführt werden, sondern der Arbeiter halber. „Ost muß ein Angeklagter Monate lang in Haft sitzen, nur weil ein nothwendiger Zeuge nicht aufzufinden ist.“ Sold! ein gutes Herz hat der Suchsland! Wer lacht da? . . . Und ebenso unschuldig ist seine be-rühmte Begriffsbestimmung des Gesindes, nach welcher der „ganze“ Körper „zu jeder Zeit“ zur „ausschließlichen Verfügung“ der Herrschaft steht — damit ist (nach Suchsland) „nichts weiter gesagt, als daß das Gesinde nicht zwei Herren dienen kann.“ Nur die „sittliche“ Auffassung des „Vorwärts“ kann etwas anderes herauslesen, was vielleicht im Zukunftsstaate, aber nicht bei uns der Gegenstand rechtlich bindender Verträge sein kann.“ Den angeblichen Unterschied zwischen den bekannten Strafregistern und den suchslandischen Melderegistern für ländliche Arbeiter erläutert der gute Mann jetzt dahin, daß „die Strafregister angeben, was eine Person unrecht gethan hat, die Vorschläge des Gesehtwurfes dagegen nur, wo sie beschäftigt ist.“ Daß der Meldenaachweis über die Beschäftigung ebenfalls nur dazu dienen soll, die Strafe für angeblichen Kontraktbruch um so härter vollstrecken zu können, verschweigt der Suchsland natürlich. Das ist so seine „sittliche Auffassung“, die ihn dann zu dem Zusatz führt: „Vielleicht trifft es allerdings auf die Artikelschreiber im „Vorwärts“ nicht zu, denn von ihnen kann man annehmen, daß sie Unrecht thun, wo sie auch immer beschäftigt sind.“ Muß der Mann einen ohnmächtigen Zorn haben!

Ein blendend heller Blitz, unmittelbar gefolgt von einem heftigen Donnererschlag, schnitt ihre Rede ab. Aber bei dem heftigen Licht, welches auf ihren Augenblick den Mann erfüllte, sah sie dem Baron, wie seine Satyrbilder begehrtlich auf sie gerichtet waren.

„Und Sie bewohnen diesen Pavillon allein, theure Koufune?“ begann er zu fragen, indem er mit einem neugierigen Blick die Wohnung musterte.

„Mutterseelen allein! Ich wollte eigentlich die Frau, welche mir den Hansstand besorgt, heute Abend bei mir behalten, aber die arme alte Frau ist krank und ich schickte sie nach Hause zu ihren Kindern. O, ich fürchte mich vor Niemand, selbst nicht vor Ihnen, Lucien!“ erwiderte sie mit fast schallhaftem Lächeln.

Der Baron, welcher von Sylvia, die sich zu ihm gesetzt hatte, nicht den Blick wendete, machte alle Anstrengung, um seine Fassung wieder zu gewinnen.

„Lucien! Sie sagten Lucien zu mir?“ hauchte er mit bebender Stimme.

„Heißen Sie denn nicht Lucien?“

„Ja gewiß, aber — — niemals. — —“

„Hören Sie mich an, lieber Vetter,“ unterbrach ihn Sylvia in erstem Tone, „und erlauben Sie mir, daß ich mich freimüthig ausdrücke. Ich erkenne an, daß ich hart, sehr hart verfahren habe. Meine ausschließliche Liebe zu Jacques war die einzige Ursache meines früheren Verhaltens. Ihr großmüthiges und herzliches Schreiben, welches ich wiederholt gelesen, hat mich aufs tiefste gerührt. Ich habe nachgedacht über meine Vergangenheit, über meine gegenwärtige Lage und über meine Zukunft. Jetzt bin ich allein auf der Welt und — Wittwe. Gewiß werde ich Jacques ein geheiligtes und zärtliches Andenken bewahren; aber habe ich auch das Recht auf Alles, auf das Leben zu verzichten mit allen seinen Reizen? Glauben Sie mir, theurer Lucien, die Reflexionen, welche mich bestürzten, seit ich Ihren Brief gelesen, haben mich bewegt, trotz der Meinungsverschiedenheit, welche uns bis jetzt trennte, mich meiner Familie wieder zu nähern.“

Damit ist die „Widerlegung“ des Suchsland zu Ende und wir können ihn mit der Versicherung verabschieden, daß er uns wieder ein Viertelstündchen heiteren Gemüthes und werthvoller Bereicherung unserer Kenntnisse von einem echten Agrariergenie verschafft hat. Seine Anklagen stehen mitten zwischen den erbaulichen Kundgebungen eines Unternehmervverbandes, der ländliche Arbeiter dorthin „abschiebt“, wohin es ihm paßt, der bedauert, daß Soldaten- und Gefangenearbeit in diesem Herbst sehr knapp zur Verfügung standen u. c. In diese Gesellschaft gehört der Suchsland und sein Gesehtwurf. Mit ihr ist dieser dem Fluche grenzenloser Brutalität preisgegeben.

Politische Ueberlicht.

Berlin, den 7. November.

Die Verwirrenheit unserer politischen Lage war wohl noch niemals so groß, wie in hejiger Zeit, so beginnt die „Germania“ ihren Leitartikel im dritten Blatt ihrer Sonntagsnummer. Und wer wollte der „Germania“ unrecht geben? Wenn wir von den ersten zehn Regierungsjahren Friedrich Wilhelm's IV. absehen, haben wir in Preußen und Deutschland wohl noch zu keiner Zeit eine so verworrene Lage gehabt. Welchen „Kurs“ hat die Regierung? Hat die Regierung einen „Kurs“? Haben wir überhaupt eine Regierung? Herr v. Köller und Fürst Bismarck — das ist keine Regierung. Das ist ein Verlegenheits-Minister und ein Verlegenheits-Kanzler, aber keine Regierung. Ein Uebergang, ein Provisorium. Nichts Endgültiges und Stabiles. Aber ein Uebergang wozu? Wohin? Niemand weiß es. Ja, noch einmal: haben wir überhaupt eine Regierung? Der Monarch ist keine Regierung. Preußen hat keine Verfassung so gut wie das Reich. Und persö-nliches Regiment des Monarchen, was Absolutismus ist, verträgt sich weder mit der preußischen Landesverfassung noch mit der deutschen Reichsverfassung. Also wer und wo ist unsere Regierung? In anderen Kulturländern ist Laune und Zufall aus der Regierung nach Möglichkeit ausgeschlossen. Die Volkshoheit ruht in der Volkshoheit; öffentlich und jedem sichtbar arbeitet die Regierungsmaschine. Personen mögen kommen und gehen — die Regierungsmaschine bleibt und arbeitet weiter. Bei uns ist die Volkshoheit nicht ausschlaggebender Regierungsfaktor — hinter ihr, mehr oder weniger verborgen, machen andere Faktoren sich geltend; die verschobenen Theile der Regierungsmaschine arbeiten nicht zusammen, arbeiten sogar häufig gegen einander, und so ist's ein ruckweises, stoßweises Arbeiten, das natürlich kein gedeihliches sein kann. In den Kreisen, welche sich für die leitenden ausgeben und aus denen heraus die Regierung besorgt wird, — wohl-gemerkt, wir sagen nicht: in den Regierungskreisen — herrscht offenbar die vollständigste Rathlosigkeit; die Meinungen schwirren kreuz durcheinander. Der Eine will den Staatsstreik, der Andere will „mildere Maßregeln“. Und wozu? Zur Bekämpfung des Umsturzes, von dem Jeder sich andere Vorstellungen macht, und mit dessen Bekämpfung ein Jeder andere Ziele verfolgt, andere Hintergedanken verbindet. Alles was wir wissen ist, daß man vom „Umsturz“ „schreit“ und daß die lautesten Schreier selber Männer des „Umsturzes“ sind, des Umsturzes von Oben, des Staatsstreichs. —

Der preussische Etat für 1895/96 soll den Berliner Politischen Nachrichten zufolge mit einem Fehlbetrag von 40 Millionen Mark abschließen. Man kann diesen offiziellen Versicherungen nicht trauen, denn es ist eine alte Taktik, daß Regierungen, die neue Steuern und sonstige Einnahmequellen verlangen, die Finanzlage /möglichst ungünstig schildern. —

Reichskommissar Wismann veröffentlicht im „Militärischen Wochenblatt“ einige Aufsätze über Afrika, die ein wunderbares Gemisch von kluger Welterfahrung und beschränktem Rassenvorurtheil sind. Er sagt:

Die Behandlung der Eingeborenen soll in erster Linie eine gerechte, streng unparteiische sein, denn der Wilde hat wie das Kind ein feines Gefühl für ungerechte Behandlung, Zurücksetzung oder Bevorgung. Gerade weil der Neger die weit höhere Stellung des Europäers anerkennt, besteht das wirksamste Erziehungs-mittel darin, ihn bis zu einem gewissen Grade als seinesgleichen anzuerkennen, als Menschen, dem man Mitgefühl schuldig ist. Jeder Europäer, der zum ersten Male nach Afrika kommt, hat zwei Stadien durchzumachen, bevor er den Neger, je nach Begabung, früher oder später richtig beurtheilen lernt. Zunächst überschätzt er ihn, wie man es häufig allem Fremdartigen gegenüber thut; dann sieht er ein, daß er sich sehr getäuscht hat,

„O ich glaube, ich glaube Ihnen,“ murmelte der Baron, außer sich vor Freude und preßte seine Lippen auf eine Hand, welche sich ihm nicht entzog. „Sie wissen, theure Sylvia,“ sprach er mit zitternder Stimme weiter, „indem er sich ihr auf dem Divan näherte, „Sie wissen, wie sehr ich Sie liebe! Nein, gewiß, es war nicht Ihr Vermögen, Sie waren es, nur Sie, welche ich einzig und allein liebe, welche ich liebe und anbete!“ Bei diesen Worten sank er knieend nieder und streckte bittend die Hände zu ihr empor.

Sylvia hatte sich erhoben und betrachtete ihn schweigend. Sie schritt stumm nach dem Schlafzimmer, öffnete die Thür, und besenchtet von dem wohlthätigen Scheine, der voll und ganz ihre schöne Gestalt umfloß, richtete sie nochmals auf ihn einen Blick, der ihn mit einem Sage in die Höhe schnellen ließ.

„Lucien,“ seufzte sie.

Der Baron näherte sich ihr mit einem Sahe, umschlang sie wie wahnstinnig und drückte mit seinen Lippen einen brennenden Kuß auf ihren zarten weißen Hals.

Was hätte er nicht alles gethan?!

„Fahl, die Augen blüthensprühend, hatte Sylvia sich mit dem unterdrückten Schrei eines verwundeten Panthers mit einem Rud losgemacht und ihren schwächlichen Angreifer gegen die Wand geschleudert, daß er zusammenbrach. „Da, da, bleibe da!“ sprach sie, ihn mit imponirender Geberde an die Stelle bauend. „Da ist Dein Platz!“ Und aus ihrem Busen den infamen Befehlsbefehl gegen mich reichend und in der anderen Hand den Revolver in den Falten ihres Kleides verbergend, näherte sie sich langsam diesem Feindlinge, der fast bewußtlos vor Schreck sie mit gläsernen Augen sprachlos anstarrte.

„Lese!“ grollte sie mit dumpfer Stimme und hielt ihm das Papier dicht vor die Augen; „es war Dir nicht genug den Bruder zu opfern. Du wolltest auch noch sein Weib! Lese, Polizeispion, lies! Brudermörder, lies und stirb!“

Sie setzte den Lauf des Revolvers gegen seine Schläfe und drückte ab. —

(Fortsetzung folgt.)

und fällt gewöhnlich ins Gegentheil — und das ist das gefährliche Stadium — bis er den richtigen Mittelweg gefunden hat. Ist dies geschehen, so wird auch der Neger ihn verstehen, ans dem er dann viel, sehr viel machen kann. Er kann die guten Eigenschaften, die in ihm schlummern, zur Entwicklung bringen, er kann ihn entkommen zu hohen Leistungen, ja zur Selbstverleugung. Hört der gute Einfluß des Europäers auf, so fällt der Neger schnell wieder in seine alte Trägheit und Sorglosigkeit zurück. Da eine richtige Behandlung des Negers sich gewöhnlich erst aus einem längeren Studium seines Charakters, aus längerer Praxis ergibt, so sollte man mit allen möglichen Mitteln darauf hinstreben, darin bewährte Kräfte sich zu erhalten. Aus denselben Gründen ergibt sich für den Führer der Truppe die Nothwendigkeit, die Vorgesetzten nur, wenn durchaus nöthig, zu wechseln. Man soll die Religion, Sitten und Gebräuche des Afrikaners strengstens respektiren, soweit dies irgend angeht — besonders bei den Mohammedanern — damit man nicht das Gefühl der Unabhängigkeit durch das Bewußtsein eines Glaubens- und Rassenunterschiedes fñrdet. Man habe ein williges geduldiges Ohr für Klagen, für Einholen von Rath, für die Mittheilung von Sorgen und Wünschen, denn das bestigt das Vertrauen, wenn auch dabei die Geduld oft auf eine harte Probe gestellt wird. Der Afrikaner ist sehr leicht mit einer ihn in Hoffnung erhaltenden Antwort zufrieden gestellt. Das bekannte „bukra inschalla“, „keseho inschalla“ oder „labda keso“ („morgen, so Gott will“, oder „vielleicht morgen“) sind in Afrika goldene Worte für Jemand, der mit tausend möglichen und unmöglichen Anliegen angegangen wird. Eine schroffe Ablehnung oder Zurückweisung trägt dem Ungeduldrigen den Namen bwana kasi (der böse Herr) ein. Wenn man berücksichtigt, daß der Afrikaner keinen Begriff hat von Werthe der Zeit, so wird man es erklärlich finden, daß er schroffe Ablehnung meist nicht begreift, und daß er sich mit einem Hinausschieben leichter tröftet als ein Europäer.

Sehr schön das, und es kann fast Buchstabe für Buchstabe von uns unterschrieben werden. Neu ist's freilich nicht. Von Livingstone, der Afrika zum ersten Male durchquerte, ohne daß ihm ein Haar gekrümmt worden wäre, haben wir dasselbe schon vor dreißig, ja vierzig Jahren gehört. Die Neger sind eben Menschen, und wer sie als Menschen behandelt, kommt mit ihnen aus. Wenn Europäer als Räuber und Mordbrenner ins Land einbrechen, die Eingeborenen mißhandeln, die Weiber schänden, dann können sie natürlich auf freundliche Gefühle nicht rechnen; und sie müssen es sich gefallen lassen, von den „Wilden“ mit so tödtlicher Verachtung behandelt zu werden, wie jüngst die Vertreter unserer afrikanischen Acht-millimeter-Kultur von Witboi in dessen klassischem Brief, der eins der interessantesten Kulturdenkmäler ist.

So weit, so gut. Dieser nämliche Wismann schreibt aber in den nämlichen Aufsätzen folgenden fast ungläublichen Unsinn:

Nein Thätigkeit ist geeigneter, den Europäer für die richtige Behandlung der Neger zu erziehen, als die militärische. Wer jahrelang Rekruten ausgebildet hat, lernt sich in Geduld zu üben, der Individualität seiner Untergebenen Rechnung zu tragen, um auch dem intellektuell tiefer stehenden gerecht zu werden. Er wird bald erkennen, daß er in den Negern eine noch in den Kinderschuhen stehende Rasse vor sich hat.

Man traut seinen Augen kaum! Der Unteroffizier, mit seiner „Gebild“ — o Ihr Millionen deutscher Rekruten, was sagt Ihr dazu? — soll der beste Erzieher für die Neger sein! Bei Herrn Wismann besteht offenbar noch eine sog. „Verwerfungspalte“, die die logischen Schlussfolgerungen plötzlich verhängt. Man spricht von einem Rothkoller, von einem Blaukoller, der beim Anblick der rothen und der blauen Farbe entsteht. Herr Wismann hat augenscheinlich einen Blauröth-Koller — der Anblick einer Uniform lähmt seine Denkfähigkeit. Gerade der „militärische Geist“ ist es, was der Fluch unserer Kolonialpolitik war, und sie zu einer so unerschöpflichen Quelle der Schande und Mißerfolge gemacht hat. Und gerade der „militärische Geist“ ist es, dem wir verdanken, daß die weisen Regeln, die Herr Wismann über die Behandlung der Neger giebt, nicht befolgt worden sind.

Es ist wirklich ein psychologisches Räthsel, wie in einem Menschenschädel so viel Verstand und Unverständnis dicht nebeneinander wohnen kann. —

Ist es möglich? In den Zeitungen lesen wir: Durch eine Verfügung des Kultusministeriums sind die höheren Lehranstalten angewiesen, in den oberen Klassen die Dichtung des Kaisers, den „Sang an Regir“, zum Gegenstande einer Besprechung machen zu lassen.

Wir können nicht glauben, daß das Kultusministerium eine solche Verfügung erlassen hat, die in ihrer Wirkung darauf hinauslaufen müßte, den in all unseren Schulbüchern dem Abgehen der Jugend preisgegebenen Byzantinismus des verfaulten Oströmereichs (Bas Empire) auf deutschem Boden zu züchten. Sollte es aber doch der Fall sein, so fragen wir: wird nicht der Justizminister eine Verfügung erlassen, durch welche die Schüler, welche das kaiserliche Gedicht ungünstig beurtheilen, gegen einen Majestätsbeleidigungs-Prozeß geschützt werden? Mag der Monarch dichten, komponiren, sagen und thun was er will, aber wenn er in die Konkurrenz der Geister eintritt, dann müssen auch die Kampfbedingungen gleich sein, und darf dem Monarchen nicht ein Monopol des Lob's gewährt werden, wie dies durch die Majestätsbeleidigungs-Paragrafen thatsächlich geschieht. Daß hier Wandel geschafft werde, liegt vor allem im Interesse des Monarchen selbst. Was ist das Lob werth, wenn der Tadel zwei Jahre Gefängniß einbringen kann? Ist es nicht ein zum Himmel schreiender Zustand, daß am Ende des neunzehnten Jahrhunderts im deutschen Reich, im Staat des „Volkes der Denker“ jeder-mann, der seiner Ueberzeugung gemäß sagen würde, die Gedichte, die Kompositionen, die Reden eines Menschen taugen nichts, Gefahr liefe, in das Gefängniß, ja in das Zuchthaus geworfen zu werden, wenn der Dichter, Komponist, Redner zufällig ein Fürst ist? —

Die Ansiedelungskommission als Futterkrippe. Als die Nachricht von der Gründung eines Vereins zur Pflege des Deutschthums in den Ostmarken“ in die West ging, wiesen wir darauf hin, daß wir dabei derselben üblen Erfahrungen gewärtig sein müßten, die man bereits mit den Patrioten gemacht hat, die an der Futterkrippe der Ansiedelungskommission sich fättigen. Jetzt sind aber-mals interessante Enthüllungen über das Treiben dieser heiß-hungrigen Patrioten ans Licht gekommen.

Die Ansiedelungskommission verwendet ihre Fonds nicht nur dazu, politische Gutsrhyer anzukaufen, sondern auch um Stipendien an deutsche Gymnasialisten und Studenten zu vergeben, die aus den Provinzen Posen und Westpreußen stammen und die sich verpflichten, später als Ärzte, Rechtsanwälte, Lehrer, Richter, Beamte, evangelische Geistliche

und vergleichen in den gemischtsprachigen Gegenden des Orients neben ihrem Beruf für die Ausbreitung des Christentums Sorge zu tragen. Indessen hat, wie der „Schlesischen Volkszeitung“ aus Posen geschrieben wird, die Ansiedelungs-Kommission mit diesen Stipendien während der neun Jahre, seitdem sie verliehen werden, schon recht eigentümliche Erfahrungen gemacht. Eine ganze Anzahl deutscher Gymnasialisten und Studenten aus dem Osten haben eine Reihe von Jahren hindurch die sehr fetten Stipendien bezogen. Dann haben aber die jungen Leute, trotzdem sie sich verpflichtet hatten, mindestens für eine Reihe Jahre in den gemischtsprachigen Gegenden des Orients Anstellungen zu suchen, solche in Mittel-, Süd- und Westdeutschland gesucht und angenommen. Darauf hat die Ansiedelungs-Kommission an eine Anzahl junger Leute, die als Gymnasiallehrer, Realschullehrer u. dergl. Anstellungen in anderen Bundesstaaten gefunden haben, die Aufforderung gerichtet, die empfangenen Stipendien zurückzahlen, oder sich um Anstellungen in den Ostprovinzen zu bemühen. Die jungen Leute haben weder das Eine noch das Andere gethan, und um schließlich unliebsame Erörterungen zu vermeiden, hat die Ansiedelungs-Kommission die Sache auf sich beruhen lassen. Bei dieser Gelegenheit mag übrigens erwähnt werden, daß manche deutsche Beamte in der Provinz Posen es verziehen, für ihre Söhne, Nissen und sonstige Vetterchaft so viel Stipendien aus der Ansiedelungs-Kommission herauszuschlagen, daß solche Familien durch dieselben einen regelmäßigen jährlichen Zuschuss von 1000, 1500 M. und mehr erhalten.

Es stimmt das vortrefflich zu dem Stichwort unserer kapitalistischen Gesellschaft: Enrichissez vous — Bereichert euch! Wer auf die Klinker der Gesetzgebung selbst die Hand legen kann, braucht sich nicht mit Kleinigkeiten abzugeben, aber auch die minder Begünstigten wissen sich aus dem allgemeinen Säckel die Taschen zu füllen. Doch Patrioten sind die Kleinen wie die Großen. Das patriotische Gelapper, die patriotischen Klagen gehören dazu, um dem eigensüchtigen Treiben die Weiche zu geben. So kommt denn auch bei diesem angeblich patriotischen Werk der Ansiedelung Deutscher in Posen und Westpreußen die handgreifliche Korruption heraus. Und was für ein Beamten- und Lehrermaterial ist es, das sich für seine spätere staatsfördernde Thätigkeit an dieser Korruptionsquelle gessättigt hat! —

Die darbenenden Zuckerbarone sind die Ersten gewesen, um von dem neuen Reichskanzler Tringelde zu fordern. Wie dringend nötig sie in ihrem bedauernswürdigen Elend einer solchen Staatshilfe sind, wird durch die folgende der „Wossischen Zeitung“ zugegangene Zuschrift in das hellste Licht gesetzt:

Gegenüber den vielen Klagen der Agrarier über die Unergiebigkeit der Landwirtschaft dürfte es Beachtung verdienen, daß Aktiengesellschaften, die Güter besitzen, aus ihnen sehr hohe Renten ziehen. Die Prenzlaue Zuckerfabrik, deren Aktien nur in landwirtschaftlichen Kreisen sich befinden, zahlte 45 pCt. Dividende und hatte gerade beim Betriebe der Landwirtschaft, deren Erträge besonders ausgewiesen werden, sehr hohe Erträge. Mir liegt der Geschäftsbericht der Zuckerfabrik Suja wien vor, deren Aktionär ich bin. Diese Gesellschaft besitzt das Gut Orlowo, das mit 310 000 Mark zu Buche steht. Dieses Gut brachte einen Gewinn von 52 387 M., und wenn man die sehr hohen Abschreibungen von 5 pCt. auf Gebäude, 10 pCt. auf Inventar und Drainage abzieht, die 18 700 Mark betragen, 39 000 M. oder über 12 pCt. des Buchwertes. Dabei wurde an den verarbeiteten Rüben noch außerordentlich verdient, so daß die Gesellschaft 27 pCt. Dividende zahlen konnte. Trotzdem schreien die Zuckerfabriken nach Ausfuhrprämien.

Nur armselige 45 pCt. hat die eine, 27 pCt. die andere Zuckerfabrik verdient. Damit kann so ein armer Aktionär ja kaum bestehen. Es ist das zwar zehnfach so viel, als sonst ein Rentier für eine annehmbare Verzinsung seines Kapitals ansehen muß, wenn er es in Staatspapieren angelegt hat. Aber der alte ehrliche Seemann und seine Spießgesellen haben doch noch weit höhere Prozente verdient und deshalb kann ein Zuckerbaron sich noch immer für benachteiligt ausgeben. Nur tüchtig schreien! Schreien hilft zum Ziel. —

Das Zentrum und die Umsturzvorlagen. Wie es den von Caprivi entworfenen und von Hohenlohe übernommenen Vorlagen zur „Belämpfung des Umsturzes“ ergehen wird, hängt wesentlich vom Verhalten des Zentrums ab. Man hätte denken sollen, daß die Erfahrungen des Kulturkampfes genügt hätten, um die Zentrumskräfte ein für allemal von der Neigung zu Zwangsmaßnahmen gegen Presse und Vereine zu befreien. Aber während schon die „Germania“ die leuchtende Versicherung erteilt hatte, daß der Reichstag dem Grafen Caprivi aus persönlichem Vertrauen gewisse Maßnahmen gegen den sogenannten Umsturz bewilligt haben würde, die man seinem Nachfolger nicht bewilligen werde, kommt jetzt sogar das westfälische Zentrumblatt „Tremonia“ in Dortmund den polizeilichen Ordnungslichtern weiter entgegen, indem sie schreibt:

Wenn wir mitthun sollen bei der Verstärkung der äußeren Machtmittel des Staates unter dem Titel der Umsturzelämpfung, so müssen wir darüber beruhigt sein, daß

1. ein vernünftiges Maß der Rechtsverschärfungen und Freiheitsbeschränkungen gewahrt wird,
2. der Mißbrauch dieser Mittel zur Belämpfung der staatsstreuen Opposition nicht beabsichtigt wird,
3. die Ausbeutung der Umsturzgefahr zu Konflikten, Angstwahlen, Wahlrechtsänderung oder gar Staatsstreich ausgeschlossen ist, und endlich,
4. die Heilung des Uebels von innen heraus durch Pflege von Religion und Sitte, sowie durch Sozialreform nicht hintangeseht wird.

Ein vernünftiges Maß von Freiheitsbeschränkungen — das ist ein Widerspruch an sich. Wir sind jetzt schon in unserer Freiheit in einer Weise beschränkt, die uns nicht mehr vernunftgemäß erscheint. Wer garantiert denn ferner den Zentrumspolitikern, daß kein Mißbrauch stattfindet, selbst wenn er nicht von den Regierungsmännern „beabsichtigt“ wird. Hat denn die „Tremonia“ ganz vergessen, was den untergeordneten Polizeierganen während des Kulturkampfes für Mißbräuche passiert sind, unbeabsichtigte natürlich?

Wenn das Zentrum so tief sinken sollte, irgend ein Ausnahmengesetz anzunehmen, dann ist es allerdings reif dafür, mit den Nationalliberalen zu einem Ordnungsbrei zusammengeführt zu werden.

Die Wahlen zum elsass-lothringischen Landesauschuss, für den am 6. November ein Drittel der Vertreter neu gewählt werden mußte, haben die Zusammensetzung dieses doppelt destillierten „Rentnerparlaments“ wesentlich unverändert gelassen. Es sind nur noch ein paar abhängige Verwaltungsbeamte mehr hineingekommen. Das Volk steht der ganzen Einrichtung kühl gegenüber.

Bauernkrieg überall. Aus Ungarn, dem Primatland eines der ersten Bauernkriege des Mittelalters, wird telegraphiert:

Huszit (Ungarn), 6. November. Hier kam es anlässlich der Weigerung der Bevölkerung, die an der Cholera Verstorbenen auf dem Cholera-Friedhofe zu beerdigen, zu einem Zusammenstoß mit der Gendarmrie, welche auf der Durchführung der Anordnung der Behörde bestand. Die aufgeregte Menge führte sich auf die Gendarmen und versuchte denselben die Waffen zu entreißen. Die Gendarmrie mußte von der Schußwaffe Gebrauch machen. Ein Bauer wurde getötet, viele verwundet. 60 Personen wurden verhaftet, darunter 20 Weiber. Die Aufregung dauert fort.

„Müße“ von der Schußwaffe Gebrauch machen! Müße? Wie im Fuchsmühl-Walde die Soldaten vom Bajonet —

Das Wettstreichen ist in dem ungarischen Reichstag arg geföhrt worden. Der Abgeordnete Thaly erklärte sich heute Namens der äußersten Linken gegen jede Sympathiebekundung anlässlich des Thronwechsels in Rußland und er begründete dies mit der freisöldmörderischen Politik der Zaren, hauptsächlich gegen Ungarn und Polen. Die Kundgebung wurde zwar beschlossen, jedoch nur gegen eine starke Minorität, wodurch die demonstrative Wirkung des Schritts aufgehoben ward. —

Crispi an der Arbeit. Aus Italien wird telegraphiert:

Reggio dell' Emilia, 6. November. In dem Prozeß gegen die Haupt der aufgelösten sozialistischen Liga wurde heute das Urteil gefällt. Sämtliche Angeklagten, bis auf einen, wurden zur Ausweisung auf ein bis drei Monate verurteilt. Unter den Verurteilten befindet sich auch der Deputierte Prampolini.

Also Sozialisten auf Grund eines Gesetzes verurteilt, das, wie Crispi ja „auf Ehre“ versicherte, bloß gegen Anarchisten gerichtet sein sollte. Die „Ehre“ Crispi's! —

Griechenland. Auch im Lande der Hellenen verbreitet sich der Sozialismus. Es bestehen dort zwei sozialistische Blätter. Im jetzigen Augenblick beginnen unsere Genossen sich zu dem bevorstehenden Wahlkampfe mit Macht zu rüsten. Die Zahl der in ganz Griechenland aufzustellenden Kandidaten beläuft sich schon bereits auf 50, eine Zahl, die aber voraussichtlich noch bedeutend vergrößert werden wird. Wir führen hier die Auslassungen des einen Parteiblattes an, welches folgendermaßen schreibt: „Was den Erfolg unserer Thätigkeit anlangt, so wollen wir unseren Lesern nichts im Voraus sagen, doch brauchen wir nicht zu verhehlen und sprechen es deshalb unumwunden aus, daß es für uns außer allem Zweifel steht, daß ein Drittel der Kandidaten in das Parlament einziehen und die Zahl der für uns abgegebenen Stimmen viele Tausende erreichen wird. In dieser Beziehung stellt sich die Zukunft als durchaus günstig und aussichtslos dar; aber freilich giebt es auch noch eine dunkle Wolke auf diesem Horizont, über welche wir jetzt und des weiteren nicht auslassen wollen, da wir späterhin ausführlicher darauf zurückkommen werden. Diese dunkle Wolke sehen wir darin, daß die „Sozialistische Zeitung“ und die Sozialistenpartei der Hauptstadt, welche in der erwähnten Zeitung ihre Vertretung findet, zu keiner Einigung in der Auswahl der Personen gelangen können, die in den Wahlkampf eintreten sollen.“ Möge die „Wolke“ zerstreut werden! —

Zur politischen Emanzipation der Frauen. Aus England wird gemeldet:

Für die nächsten Londoner Gemeinderats-Wahlen haben sich auch Frauen unter den Kandidaten gemeldet. Das diesjährige Distriktsrats-Gesetz giebt ihnen das Recht dazu. In dem aristokratischen Kensington-Quartier sind nicht weniger als fünf weibliche Kandidaten von den Bewohnerinnen aufgestellt worden.

Man sieht aus vorstehender Notiz, daß es sich nicht um eine proletarische Bewegung handelt. Immerhin ist ein Fortschritt zu verzeichnen. —

Frankreich. Zwischen dem Kriegsminister und der Budgetkommission herrscht längere Zeit ein Streit bezüglich gewisser Etatsätze. Gestern hat nun die Kammer mit großer Majorität dem Kriegsminister ein Vertrauensvotum erteilt, nachdem derselbe zur Zufriedenheit des Hauses nachgewiesen hatte, daß der Effektivebestand der Armee dieses Jahr um 15 000 Mann höher ist, als im vorigen Jahr. —

Zwischen Frankreich und Madagaskar hat der Krieg thatsächlich begonnen. Während einige Pariser Blätter noch tiefsinnige Betrachtungen über die Kosspieligkeit von Kolonialkriegen anstellen, haben die Madagassen das Präventiv gespielt und die Feindseligkeiten eröffnet, indem sie alle Franzosen im Innern des Landes ausgewiesen haben. Da giebt es jetzt keine Wahl mehr — der Dien muß, und nächstens wird die französische Expedition und das Gemetzel losgehen. —

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika haben die Demokraten und Halb-Freihändler bei den diesjährigen Herbstwahlen eine schwere Niederlage erlitten — was bei der Unzufriedenheit, welche die schwankende, jaghafte Politik Cleveland's und der Demokraten hervorgerufen mußte, niemanden überraschen kann. Das letzte Telegramm über das Wahlergebnis lautet:

New-York, 7. November. Weitere Wahlergebnisse ergeben einen durchschlagenden Erfolg der Republikaner. Anstatt der gegenwärtigen demokratischen Majorität wird das Repräsentantenhaus eine republikanische Mehrheit von 25 bis 26 Stimmen haben. Die Republikaner gewannen sechs Sitze für die Vertretung des Staates New-York im Kongreß. Georgia und Florida bleiben demokratisch. In Connecticut gewinnen die Republikaner drei Kongreßsitze, in Michigan fünf, in Massachusetts drei, Kalifornien wählte sieben, Westvirginien vier Republikaner. Der Urheber des gegenwärtigen Taxifreneses Wilson unterlag einer Mehrheit von etwa 500 Stimmen. Die Republikaner siegten auch in der Staatslegislatur für Westvirginien. New-Jersey wählte sieben Republikaner und einen Demokraten gegen bisher zwei bezw. sechs.

Aus der weiteren Durchbrechung der Mac Kinley-Bill und des Hochschulgesetzes wird also vorläufig nichts. Die deutschen Hochrentner hatten zu früh gebubelt. —

Die neueste Depesche lautet: New-York, Mittwoch, 7. November. In Wisconsin ging die ganze republikanische Kandidatenliste für die Staatsämter mit einer Majorität von über 50 000 Stimmen durch. In Colorado unterlag der populistische Gouverneur dem republikanischen Gegenkandidaten. Den letzten Berichten aus dem Staate New-York zufolge gewannen die Republikaner 16 Sitze im Kongreß. Indiana gewann 4 Republikaner; Iowa bleibt unverändert, Rhode-Island erweist 2 Demokraten durch 2 Republikaner; Tennessee bleibt

*) Populisten nennt sich in Amerika eine demokratische Spielart, die hauptsächlich auf den „kleinen Mann“, die Farmer etc. spekuliert.

demokratisch. Die Tammany-Partei (New-Yorker Demokraten) erlitt eine völlige Niederlage. Der republikanische Kandidat für den Gouverneursposten von New-York, Levi Morton, wurde mit einer Mehrheit von über 143 000, der Kandidat für den Majorposten Strong mit einer solchen von 50 000 Stimmen gewählt. In Pennsylvania, wo der Tarif den Wahlkreis bildete, siegten die Republikaner mit einer Majorität von 213 000 Stimmen. Maryland und New-Hampshire gewannen je 2 republikanische Kongreßsitz, Louisiana bleibt demokratisch, Illinois wählte republikanisch. —

China-Japan. Die chinesische Regierung hat sich — das sieht jetzt amtlich fest — an die englische und die französische Regierung gewandt und formell die Hilfe der Mächte gegen Japan angerufen, dem militärisch zu widerstehen China jetzt nicht in der Lage sei. Die chinesische Regierung hat sich bereit erklärt, Korea abzutreten und eine Kriegsschädigung zu bezahlen. —

Auf das vorgestern von uns veröffentlichte Schreiben des Fürsten von Fürstenberg an General Schoenlant antwortet dieser, wie wir aus der „Leipziger Volkszeitung“ vom gestrigen Tage erfahren, sofort:

„Für Zeitungsberichte über mein Referat bin ich nicht verantwortlich. Was ich aber gesagt habe, brauche ich nicht richtig zu stellen. Ich habe bei der Erörterung der sächsischen bauerlichen Verhältnisse, besonders des Kleinpächters, auf Sie als einen Großgrundbesitzer hingewiesen, der über hunderte von Pächtern verfüge. Die Verhältnisse des Kleinpächters wurden eingehend dargelegt, und die bekannte Thatsache habe ich ferner erwähnt, daß auf dem Schwarzwalde ganze Dörfer verschwanden und ihr Areal zu anderen, forstwirtschaftlichen Zwecken verwendet wurde. Auch daß Sie die Pachtbedingungen Ihrer Pächter jüngst geändert haben, habe ich festgestellt. Aus dem vom Parteivorstande demnächst herausgegebenen Protokoll werden Sie nach der stenographischen Niederschrift den Wortlaut meiner Rede kennen lernen und sehen, daß ich nichts zu berichtigen habe. —

Statt Schoenlant's Antwort und den stenographischen Bericht abzuwarten, veröffentlichte der Fürst von Fürstenberg seinen Brief in der „Frankfurter Zeitung“. Dies veranlaßt Schoenlant zu der Erklärung:

Der Herr Fürst von Fürstenberg hat es vorgezogen, mit seiner „Richtigstellung“ herauszurücken, ehe er meine Antwort erhielt. Er hat sich gegen Anschuldigungen verteidigt, die ich gar nicht erhob. Dies zur Steuer der Wahrheit!

Leipzig, 6. November 1894.
Dr. Bruno Schoenlant,
Mitglied des Reichstags.

Parteinachrichten.

Berichte vom Parteitag. Am Sonntag, den 4. November, fand in Osabrück eine gut besuchte Parteiversammlung statt, in welcher Genosse Schrabber Bericht erstattete über die Verhandlungen des Parteitages. In einer einstimmig angenommenen Resolution erklärte sich die Versammlung mit den Beschlüssen des Parteitages, und mit der Haltung der Delegierten auf demselben einverstanden und versprach, für die Durchführung der dort gefassten Beschlüsse energisch einzutreten. Als Vertrauensmann wurde Genosse Steen gewählt.

In Greiz erstattete in einer zahlreich besuchten Versammlung Genosse Heußel Bericht über den Frankfurter Parteitag. Redner ging zunächst auf den Bericht des Parteivorstandes ein, sodann sprach er über die erregten Debatten, welche sich über die Vergebung des ehemaligen Parteisekretärs Genossen Fischer nach der Partei-Buchhandlung entsponnen hatten. Betreffs der Gehälter der Parteibeamten ist Redner selbst der Ansicht, daß dieselben momentan keineswegs zu hoch seien; eine gute Kraft müsse immer entsprechend bezahlt werden. Die Debatten über diesen Punkt beruhten hauptsächlich die Gegner sammt der Presse, daraus Kapital gegen unsere Partei zu schlagen. Die Versammlung erklärte sich durch eine Resolution mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden.

Die Görtlicher Parteigenossen erklärten sich mit den Beschlüssen des Parteitages im allgemeinen einverstanden. Als Vertrauensmann für den Görtlich-Laubaner Wahlkreis wurde Genosse Rixdorf, Dresdenerstr. 19, gewählt.

In München berichteten die Genossen v. Bollmar und Schmidt über den Parteitag. Ersterer betonte, daß die bayerische Streitfrage bezüglich der Budgetbewilligung nach dem Spruch des Parteitages als erledigt zu betrachten sei, daß unter Parteigenossen nicht die Rede sein könne von Siegern und Besiegten, daß die von den Gegnern herbeigeführte „Spaltung“ eben wieder einmal nicht eingetreten sei. Die Versammlung nahm folgende Resolution an:

„Die heute im Orpheum tagende, sehr zahlreich besuchte Parteiversammlung erklärt sich mit der Haltung und der Thätigkeit ihrer Delegierten zum Parteitag in jeder Hinsicht vollständig einverstanden. Sie begrüßt die gefassten Beschlüsse und ist überzeugt, daß bei Erfüllung derselben die Entwicklung unserer Partei richtig vorwärts schreitet und uns der Verwirklichung des sozialdemokratischen Programms immer näher bringt. Im Sinne der Frankfurter Beschlüsse handeln und wirken zu wollen, ist Aufgabe der versammelten Genossen.“

Partei Konferenzen. Sonntag, den 11. November, findet in Göttingen (Wartenberg) eine Wahlkreis-Konferenz bezw. Regelung der Agitation für die bevorstehende Landtagswahl statt.

Sonntag, den 18. November, Nachmittags 1/2 Uhr, findet im „Felsen“ in Billingen eine Wahlkreis-Konferenz des zweiten badischen Wahlkreises statt, wozu die Genossen der benachbarten Wahlkreise eingeladen werden. Anmeldungen nimmt entgegen Fritz Burger, Vertrauensmann, Billingen.

Von der Agitation. In Cottbus fand nach langer Zeit am 23. Oktober wieder einmal eine öffentliche Arbeitertreffen-Versammlung statt, in welcher Fr. Baader-Berlin über die wirtschaftlichen Umwälzungen und die Hoffnungen der Arbeiter referierte. Die Versammlung nahm einen imponierenden Verlauf und dürfte nicht ohne Wirkung bleiben auf die Frauenbewegung in Cottbus. — Ueber das Thema Ursache und Wirkung des Berliner Bierbockotts referierte in einer Volksversammlung in Cottbus der Genosse Willarg-Berlin. Derselbe erledigte sich seiner Aufgabe in glänzender Weise in 1 1/4 stündiger Rede. Die circa 1000 Personen starke Versammlung nahm nach kurzer Diskussion die Berliner Resolution einstimmig an. Trotz mehrmaliger Aufforderung nahm keiner der anwesenden Gegner das Wort. Zum Schluß wurde der Bockott über das Kolonialische Lokal verhängt.

In zwei Volksversammlungen in Sudenburg und Neustadt bei Magdeburg behandelte Frau Emma Jäger-Berlin das Thema: „Die Frau und ihre Rechte im Klassenkampf“. Die Referentin, welche sich ihrer Aufgabe in bester Weise entledigte, erntete großen Beifall.

Die Solinger Parteigenossen wählten ein Komitee, das sich mit den Vorarbeiten zur Stadtratswahl beschäftigen soll.

Der Kongreß des „Centralverbandes der Arbeiter in Kopenhagen“ fand dieser Tage in Kopenhagen statt. Aus dem Kongreß geht hervor, daß der Verband diesmal mit einem Ueberflusse abschließt. Es wird dann nach längerer Debatte der Beschluß gefaßt, den Beitrag der Fachvereine an die Hauptkasse

auf monatlich 16 Cere pro Person herabzusetzen. Es gelangten dann eine Reihe von internen auf die Verhandlung bezüglicher Anträge zur Verhandlung. Ein Antrag auf Feststellung eines festen Streikbeitrages wurde vom Antragsteller wieder zurückgezogen. Ebenso wurde beschlossen, den Kongress auch in Zukunft alljährlich abzuhalten. Der nächste Kongress findet in Höhe statt.

Partei-Preffe. Die in Newyork erscheinende jüdische „Arbeiter-Zeitung“, deren tägliches Erscheinen von dem 1. Oktober ab projektiert war, konnte technischer Hindernisse wegen erst vom 15. ab in der genannten Weise erscheinen. Die uns durch eine Korrespondenz von Newyork mitgeteilt wird, hat die Neuverung mit großem Erfolg Platz gegriffen.

Der den alten Genossen in Deutschland bekannte Genosse August Zwickler befindet sich seit mehreren Monaten im Philadelphiaer Irrenhaus.

Außerordentlich wirksam scheint der Boykott zu sein, welchen die Cozwiger Genossen über das Lokal zum „Gold-Schiff“ wegen Saalverweigerung verhängt haben. Wie dem „Volkshoten“ nämlich mitgeteilt wird, hat der Wirt, welcher der Sozialdemokratie in übereifriger Liebedienerei gegen die herrschende Klasse den Stuhl vor die Thür setzte, sich genötigt gesehen, infolge mangelnder Frequenz seines Lokals die Bewirtschaftung desselben aufzugeben. Dem neuen Besitzer dürfte es ebenso gehen, wenn er es nicht vorziehen sollte, den Sozialdemokraten seinen Saal zu Versammlungen zur Verfügung zu stellen, falls denselben die Genossen überhaupt benutzen wollen.

Totenliste der Partei. In Newyork ist am 20. Oktober Genosse Peter Petersen, der Mitbegründer der Internationalen Arbeiter-Assoziation, gestorben; er war seit elf Jahren durch einen Hüftenbruch an's Haus gefesselt und konnte daher nicht aktiv an der Bewegung teilnehmen, verfolgte dieselbe aber stets mit dem größten Interesse. Noch wenige Tage vor seinem Tode hatte er zu seiner Tochter gesagt, er wüßte, noch nicht zu sterben, sondern erst den Triumph der Sozialdemokratie in Newyork zu erleben.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Die Hamburger Parteigenossen hatten am 18. März d. J. ein Flugblatt in 200 000 Exemplaren verbreitet. Darin waren die Revolutionen von 1848 und der Zustand der Kommune von 1871 einer kurzen Besprechung unterzogen und im Anschluß daran die Ergebnisse von statistischen Erhebungen besprochen worden, die im Februar d. J. von der sozialdemokratischen Partei Hamburgs hinsichtlich der Arbeitslosigkeit veranstaltet waren. In diesen Ausführungen sah die Staatsanwaltschaft ein Vergehen der Aufreizung zum Klassenhaß und erhob gegen den Verleger des Flugblattes, den Bureauarbeiter Paul Weinheber, Anklage wegen Vergehens gegen § 130 des Reichs-Strafgesetzbuches. Das hiesige Landgericht sprach in dessen den Angeklagten frei, weil es annahm, daß, wenn auch in dem fraglichen Blatte zu Gewaltthatigkeiten aufgeizert worden sei, doch eine Gefährdung des öffentlichen Friedens nicht vorzulegen habe.

Soziale Uebersicht.

Der „Verein für Ethische Kultur“ hatte kürzlich in Spandau eine Versammlung des dortigen Zweigvereins einberufen, in der Herr Dr. Penzig über: „Sittliche Läuterung als Bedingung wirtschaftlichen Gedeihens“ sprechen sollte. Dies war in den Tageszeitungen bekannt gegeben mit dem Bemerkten, daß Gäste willkommen seien. Der Polizeibehörde war die Versammlung nicht angemeldet worden, da nicht beabsichtigt war, öffentliche Angelegenheiten zu behandeln. Der Behörde mochte aber das Thema staatsgefährlich erscheinen; als Herr Penzig einige Minuten gesprochen hatte, trat ein Beamter ein und löste die Versammlung auf. Die eingelegte Beschwerde wird jedenfalls wenig nützen.

„Die Sozialdemokraten zerstören das Familienleben“, hier ein neuer Beweis. In Plauen i. V. giebt es nicht weniger als 2000 Familien, die Schlafstellen vermieten; die Stadt hat 50 000 Einwohner. Da es in Plauen tausende von Sozialdemokraten giebt, die Stadt sogar durch einen Sozialdemokraten im Reichstage vertreten ist, müssen diese an den elenden Zuständen natürlich auch Schuld sein und nicht etwa der ausbeutende Kapitalismus, der die Arbeiterfamilien zwingt, ihr elendes Loch mit Schlafstellenmietern zu teilen.

Ueber die Wirkung der gesetzlichen Sonntagruhe urteilt der Verein für innere Mission im weimarischen Kreise in seinem Rechenschafts-Berichte also: „Die vom Reichsgefesetz erwartete, für die Kirche günstigere Wendung ist nicht eingetreten. Sonntagruhe haben wir bekommen, aber keine bessere Sonntagshaltung. Das Wirtshaus hat an Frequenz viel gewonnen, das Gotteshaus nicht.“

Einem weiblichen Lehrer der Mathematik hat zum zweiten Male die Universität Stockholm erhalten. Die Kandidatin der Mathematik Anna Wedel, die Tochter eines höheren Staatsbeamten, ist zum Ammanns für Mathematik an der Universität berufen worden.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Töpfer! Den Kollegen und Berufsgenossen wird hierdurch bekannt gegeben, daß nach dem vorhandenen Material der Vorstand dahin überein gekommen ist, von der weiteren Ausführung der Projekte Abstand zu nehmen. Gleichzeitig sind alle neu hinzukommenden Arbeitslosen von einer Unterstützung ausgeschlossen, indem dieselben als Streikende nicht betrachtet werden können. Der Vorstand. J. A. W. Daudert.

Geschäftsdienler, Packer, Antscher, Expeditions- und Möbeltransport-Arbeiter Charlottenburgs. Seit geraumer Zeit kämpft die organisierte Kollegenschaft bereits um Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, und Ihr, Kollegen Charlottenburgs standet bis jetzt diesem Kampfe theilnahmslos gegenüber. Wenn Ihr nun gewillt seid, endlich eure Gleichgültigkeit abzuschütteln, wenn Ihr gewillt seid, mit uns gegen das Unternehmertum Front zu machen: so erscheint am Sonntag, den 11. November, Abends 6 Uhr, Mann für Mann in der in „Wismarsdörferstraße 39, stattfindenden Versammlung. Und Ihr, Arbeiter, Parteigenossen Charlottenburgs, agitiert energisch für diese Versammlung, damit auch die Arbeiter der vorgenannten Berufs endlich einmal zur Erkenntnis ihrer Klassenlage kommen.

Der Einberufer: Hugo Ried.

Der Stand des Fensterstreiks hat seit dem Beginn desselben wenig Veränderung erfahren. Es sind augenblicklich noch 81 Töpfer in der Kontrollliste zu verzeichnen. Davon sind 38 Kollegen als Arbeitslose zu betrachten; bleiben eigentlich Streikende 45 Kollegen.

An Prozenten gingen ein:

In der 1. Woche	491,60 M.
" " 2. "	877,55 "
" " 3. "	815,25 "
Zusammen	2184,70 M.

Ferner sind von anderen Gewerkschaften folgende Unterstützungen eingelaufen: Zimmerer 300 M., Tapezierer 50 M., Maurer 400 M. An Unterstützungen sind an 110 Streikende mit 78 Kindern 1733,20 M. ausgezahlt. Wie die Warten-Kontrolle, welche im umfangreichen Maße getrieben worden ist, ergab

wird von zentraler Seite auch heute noch anstandslos bei offenen Fenstern gearbeitet. Wobin das führen muß, ist für jeden denkenden Menschen ersichtlich.

Der Vorstand

J. A. W. Daudert.

Der Fensterstreik in Stettin dauert noch immer fort und dürfte wohl auch in diesem Winter kaum noch entschieden werden. Bisher ist es aber den Meistern nicht gelungen, ausreichenden Erfolg für die Ausständischen zu finden, so daß zu hoffen steht, daß im Frühjahr die Meister auf jeden Fall nachgeben müssen.

Dreihundert sächsische Vergarbeiter sollen nach einer Meldung des Reuter'schen Telegraphenbureaus aus Chemnitz, vorgehen, 6. November, die Arbeit eingestellt haben. Nähere zuverlässige Angaben fehlen.

Ein Gewerkschaftskartell hat sich in Neu-Ruppin gebildet. Dasselbe hat sich zur Aufgabe gestellt, die Errichtung eines Gewerbegerichts und einer Zentralherberge herbeizuführen. Die Errichtung eines Gewerbegerichts konnte noch nicht durchgeführt werden, da der dortige Magistrat es abgelehnt, wir uns also an eine höhere Instanz wenden müssen. Die Errichtung einer Zentralherberge ist erledigt und befindet sich dieselbe bei Ganschow, Gartenstr. 3 (Gasthof zu den drei Linden). Die Adresse des Obmannes des Gewerkschaftskartells ist G. Karbe, Gartenstraße 3.

Zum Vergarbeiterstreik in Mährisch-Osttau wird gemeldet, daß die Unternehmer beschloßen haben, die Arbeit nicht früher aufnehmen zu lassen, als bis die sechsstündige Arbeitszeit von den Arbeitern bedingungslos akzeptiert worden ist.

Ein Verein für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter wird demnächst in Wien ins Leben treten. Vor einiger Zeit schon brachten wir hierüber eine Notiz; auch die bürgerlichen Blätter Wiens hatten darüber in ihrer Weise berichtet. Es wurde da gesagt, daß die Wiener Lehrlinge eine Versammlung abgehalten haben, in der ein „16-jähriger Knirps“ das große Wort geführt habe, daß viel Bier und Zigarren konsumiert worden seien und dergleichen mehr. Ein uns vorliegendes Flugblatt, an die „Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Wiens“ gerichtet, zeigt uns nun die Sache in einem ganz anderen Lichte. Es geht daraus hervor, daß den Einberufern ein ganz lobenswerther Zweck vor Augen schwebt, indem sie die Gründung des Vereins anstreben. Sie wollen vor allen Dingen ihr Wissen bereichern, indem sie Unterrichtskurse einrichten wollen, da ihnen die Fortbildungsschule nicht genug bietet. Weiter wollen sie auch in der Weise, wie die Gewerkschaften, für ihre Mitglieder eintreten, sie schützen vor Mißregelungen und Mißhandlungen. Unmittelbar soll bei Rechtsstreitigkeiten mit ihren Meistern durch materielle Unterstützung unter die Arme gegriffen werden. Daß die jungen Leute genötigt sind, aus eigenen Mitteln und unter den schwierigsten Verhältnissen für ihre Weiterbildung zu sorgen, daß sie sich zusammenfinden müssen, um ihre Rechte gegen die Meister zu wahren, ist gewiß kein gutes Zeugnis für die herrschenden Zustände in den Werkstätten, noch für die der Schule; desto besseres Zeugnis hiergegen legt diese Thatsache ab für das erwachende Klassenbewußtsein auch der Jugend. — Glück zu, denn!

Gerichts-Zeitung.

Der Schaber-Prozess. Der letzte Prozess gegen die „Schwab-Tagwacht“, unter dem Namen Schaber-Prozess bekannt, hat über die Grenzen Württembergs hinaus berechtigtes Aufsehen erregt. Die eigenartige Behandlung dieses Falles durch das Landgericht zu Stuttgart giebt uns umso mehr Veranlassung auf die Sache etwas ausführlicher zurückzukommen, als voraussichtlich eine höhere Instanz den vorgehenden mitgeteilten Richterpruch — 2 Monate Gefängnis für die beteiligten Genossen Pfister und Eichhoff — kassieren wird. Die ziemlich weit zurückliegende Vorgeschichte des Prozesses ist in Kürze die folgende. Im Sommer 1899 wurde gelegentlich einer Kauferei der Schneider Hölz erschlagen. Nach einem langwierigen hochnotpeinlichen Prozessverfahren wurden als die vermeintlichen Thäter vom Schwurgericht in Ludwigsburg ein Bauernbursche Johann Schaber und ein Bäcker Georg Gastein, aus Unterseimrieth gebürtig, zum Tode verurteilt. Es wurde diese Strafe in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt, welche die beiden bis zum Jahre 1870 resp. 1871 verbüßten, wo sie mit der Verpflanzung nach Amerika auszuwandern, entlassen wurden. Von beiden Verurteilten wurden wiederholt Versuche gemacht, eine Wiederaufnahme des Verfahrens zu erzielen; die Bestrebungen waren jedoch erfolglos. Gegen zwei Zeugen, die belastet für die Angeklagten eintraten, Weber und Klemm, wurde später Anklage wegen Meineides erhoben und der erstere daraufhin zu einjähriger Arbeitshausstrafe verurteilt, Klemm dagegen außer Verfolgung gesetzt. Gastein starb inzwischen in Amerika, während es dem Schaber glückte, sich zum wohlhabenden Manne emporzuarbeiten; er ist jetzt Besitzer einer Fabrik. Im Jahre 1891 veröffentlichte er unter dem Titel: „Ein Justizmord“, eine Broschüre, die sich speziell mit seiner Verurteilung und dem Verhalten des damaligen Untersuchungsrichters Bucher beschäftigte. Es wurde darin dem Letzteren in erster Linie die Schuld für seine (Schaber's) zu Unrecht erfolgte Verurteilung beigegeben, ebenso soll der inzwischen verstorbene Rechtsanwalt Bucher, sein einziger Verteidiger, daran mitbeteiligt sein. Dem jetzigen Oberlandesgerichtsrath a. D. Bucher wird in der bezeichneten Schrift vorgeworfen, daß er unrechtmäßige Mittel angewandt habe, um ein Geständnis zu erpressen, daß er Zeugen resp. Sachverständige zu falschen Aussagen verleitet habe u. s. w. Die „Tagwacht“ griff diesen Fall auf und brachte in einer Reihe von Artikeln die einzelnen Momente des Verfahrens gegen Schaber zur Kenntnis der Öffentlichkeit, um ein Wiederaufnahme-Verfahren zu ermöglichen. Das Resultat war die Anklage wegen Verleumdung durch die Presse gegen den verantwortlichen Redakteur und gegen den Verfasser der insinuirten Artikel. Zu der Verhandlung, welche vom 24. Oktober mit Unterbrechungen bis zum 2. November dauerte, war ein großer Zeugenapparat aufgeboten; als Verteidiger standen den Angeklagten die Rechtsanwälte Konrad Haumann und Schidler aus Stuttgart zur Seite.

Die Verlesung der Akten durch den Vorsitzenden Landgerichtsrath Feber währte viele Stunden (es sind zirka 40 Aktenseiten) und nahm fast einen ganzen Tag in Anspruch. Das Interesse der Zuhörerschaft wurde rege, als die Aufzeichnungen Schaber's verlesen wurden, die derselbe im Untersuchungsgefängnis seinerzeit in die dort ausliegende Bibel eingekratzt hatte. Auf dem Titelblatt heißt es: Liebe Eltern! Gastein hat ihm (Hölz) das Hirn eingeschlagen, das hat niemand gesehen. ... Er hat nun angegeben, wie er draußen gezeigt, man hat ihm alles geglaubt, mir gar nichts. ... Endlich habe ich gedacht, jetzt schon so lange hier und sich immer noch peinigern lassen, ich bin lebensatt. Fest entschlossen biete ich nieder und habe mein letztes Gebet verrichtet, dann habe ich mir in Gottes Namen den Strick um den Hals gemacht. Wie ich so beschäftigt bin, Kappert's an der Thür und ich werde in's Verhör abgeführt. Da ist aber wieder die alte Forderung. Ich bestand immer noch auf der Wahrheit. Der Amtsdienler meldete es, ich habe mich hängen wollen. Ich wurde verhört und sagte: Ja, es ist wahr. Dann hat der Aktuar (Bucher) gesagt, er lasse mich an die Wand schließen, ich soll gehen, da kriege ich es besser. Dann habe ich gesagt, wenn ich gehen soll, kann ich nicht anders sagen, als daß das wahr ist, was der Gastein sagt. Jetzt habe ich das Mämliche gesagt. — Dem damaligen württembergischen Gefeß gemäß, wurde auch ein Vorverhör durch den Schwurgerichtspräsidenten

Kronmüller mit den Angeklagten vorgenommen, in dem Schaber seine dem Untersuchungsrichter Bucher gemachten Geständnisse widerrief. Es wurde jedoch darauf, wie aus den Akten weiter hervorgeht, kein Gewicht gelegt, auch der Antrag, ihn (Sch.) einen anderen Verteidiger zu stellen, wurde abgelehnt und beide Angeklagte wurden als Thäter bestraft.

Durch die Zeugen, meist alte Leute, die schon im Jahre 1859 als Beteiligte verhört waren, wurde eine Beeinflussung durch den Aktuar zum Theil zugegeben. Der Rechtsanwalt Schidler frägt einen Zeugen, ob Bucher ihm nicht Unverschämtheit, schamlose Lügen, Heuchelei und dergleichen vorgeworfen habe. Zeuge: Das möge wohl sein, Bucher hat eben die Sache herausbringen wollen, ich habe ihm das nicht übel genommen. ... Eine etwas eigenhämliche Rolle spielt ein früherer Holzhauer, jetziger Methodistenprediger Klemm aus Nagold, dessen Zeugnis bei der Verurteilung von Sch. wesentlich ins Gewicht fiel. Als ihm bekannt wurde, daß Sch. das Wiederaufnahme-Verfahren betreibt, bat er in einem dem Gerichtshofe vorliegenden Briefe den Oberlandesgerichtsrath a. D. Bucher, doch seinen ganzen Einfluß auszubieten, um das zu verhindern; Klemm weiß sich jetzt nur an wenig zu erinnern. Von dem Zeugen Weber wurde betundet, daß er, „um den Arrest los zu werden“, die Angaben gemacht habe, welche Bucher zu hören wünschte. Auf Antrag des Verteidigers Haumann wurde festgestellt, daß in dem Verhör wegen Meineids nicht weniger als 225 Fragen an Weber gestellt sind! Der Hauptzeuge Johann Schaber, dessen Aussage verlesen wird, nachdem eine ganze Reihe weiterer Zeugen zum Wort gekommen sind, läßt sich dahin aus, daß alles, was in der „Schab. Tagwacht“ auf grund seiner Broschüre über Bucher gesagt sei, wörtlich wahr ist, ausgenommen eine kleine Unrichtigkeit in der Beschreibung der Fesselung; die Broschüre ward darauf ebenfalls verlesen. Dem Gerichtshof wurden die sehr umfangreichen Beschwerde-Akten gegen Bucher vorgelegt und der letztgenannte dann selbst vernommen. B. machte den Eindruck eines körperlich gebrochenen Mannes, nur sein Gedächtnis zeigte sich auffallend frisch. Der Zeuge bemerkt, daß es sich seiner Zeit für ihn darum gehandelt habe, mittels „geschickter“ Fragen einen vollen Einblick in den Habbestand zu bekommen. Die Zeugenaussagen seien zum Theil unrichtig gewesen; die Aufzeichnungen Schaber's in der Bibel hält er für Heuchelei. Die gegen ihn (B.) gerichteten Angriffe seien von Anfang bis zu Ende derart unwürdig, daß es einem anständigen Mann Ueberwindung koste, darauf zu antworten. Jeder andere Untersuchungsrichter würde in gleicher Lage mit gleichen Mitteln gehandelt haben. — Damit war die Beweisaufnahme geschlossen.

In dem Plaidoyer des Staatsanwalts wurde ausgeführt, daß die Angeklagten wohl in gutem Glauben, aber leichtfertig gehandelt hätten. Angesichts der in der Schaber'schen Broschüre enthaltenen Beschimpfungen Bucher's; wie Bestie, Hahnke, Scheusal, feiges Subjekt, Henkersknecht u. dergl. mußten sie Vorsicht üben. Zu beachten sei, daß die damalige Untersuchungsmethode eine andere gewesen sei, als jetzt. Erst nachdem Schaber erfahren, daß sein Hauptgegner Bucher im Irrenhause sei, habe er den Zeitpunkt zur Veröffentlichung seiner Broschüre für günstig gehalten, sein Zeugnis habe keinen großen Werth. Mit Rücksicht darauf, daß den Angeklagten ihr guter Glaube nicht bestritten werden könne, sei 500 M. Geldstrafe für Jeden angemessen. — Der Verteidiger Haumann betonte, daß der Gedanke an ein gegen einen Unschuldigen erlassenes Todesurtheil bei tieferem Eindringen in die Sache zur festen Gewißheit werde. Kein Richter würde heute die Todesstrafe gegen Schaber beantragen. Es sei nicht zu zweifeln, daß in einem Wiederaufnahmeverfahren, welches er (Haumann) später beantragen werde die Freisprechung Sch. erfolge. Die beiden Verteidiger schlossen mit der Erklärung, daß Bucher als Untersuchungsrichter seiner Pflicht aus verschiedenen Gründen nicht nachzukommen sei. Auch die Angeklagten Pfister und Eichhoff nahmen zu Entgegnungen auf die Bemerkungen des Staatsanwalts noch das Wort.

Das Gericht verkündete sein Urtheil dahin: Eichhoff und Pfister werden wegen Verleumdung durch die Presse, §§ 185 und 188 des Straf-Gesetzbuches, zu je zwei Monaten, Tragung aller Kosten u. s. w. verurtheilt. In den Entscheidungsgründen wird angeführt, daß der Wahrheitsbeweis für die gegen Bucher erhobenen Vorwürfe, daß Erbreiz und Fittelleit sein leitendes Motiv bilden, Jähzorn und Willkür zu seinen Eigenschaften gehören, daß er unrechtmäßigen Zwang angewendet habe u. s. w. — nicht erbracht sei. Den Aussagen Klemm's scheute das Gericht vollen Glauben. Die Testamentseinträge (von Schaber) hätten auf das Gericht tiefen Eindruck gemacht, aber sie seien doch nicht beweiskräftig. Bucher möge manchmal über die Grenze des Nothwendigen hinausgegangen sein, aber das damals geltende Inquisitionsverfahren habe eine strenge Untersuchung nothwendig gemacht. Da die Verleumdungen Bucher's in bezug auf sein Amt außerordentlich empfindliche waren, und in einem vielgelesenen Blatte erschienen, so war eine Gefängnisstrafe angemessen. — Zu bemerken ist noch, daß während der ganzen Zeit ein riesiger Andrang des Publikums zu der Verhandlung zu verzeichnen war.

Allgemein scappirt ist man darüber, daß die Strafkammer ohne ersichtlichen Grund soweit über den Antrag des Staatsanwalts hinausging. Es ist nicht zu bezweifeln, daß der Fall Schaber seinen Abschluß damit noch nicht finden wird; die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Schaber soll angestrebt werden und unsere beiden Genossen werden die Revision gegen dieses unbegreifliche Urtheil ebenfalls an. — Die Auffassung bürgerlicher Kreise über den Fall Schaber spiegelt sich sehr gut wieder in einem Artikel des Stuttgarter „Wochenblatt“, der nach Beleuchtung der einzelnen Momente, welche einen Irrthum des Gerichts darstellen, schließt: ... Wie die Beurteilung der Kernfrage, so war auch die Abwägung des Strafmaßes einseitig. Das Urtheil sprach nur von Strafschwerkungsgründen und hatte keine Milderungsgründe in einem Fall der Verteidigung eines Mannes, der nach Ansicht der Angeklagten unschuldig zum Tode verurtheilt worden, und erkannte auf Gefängnis gegen einen Angeklagten, der nach Kenntnis des Gerichts schwer leidend ist. Das Urtheil, dessen Gründe für andere keine überzeugende Kraft haben, wird in all den Kreisen, die sich mit dem merkwürdigen Falle beschäftigt haben, Befremden und vielleicht mehr als das hervorgerufen; es wird den Fall nicht begraben, sondern erst recht erwecken in den Augen des höchsten Richters, der nach dem Ausspruch des Justizministers in unserem Lande die öffentliche Meinung ist!

Develschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Stuttgart, 7. November. Dem „Neuen Tagblatt“ zufolge finden die Neuwahlen zum Landtag Ende Januar statt. Das Mandat der gegenwärtigen Kammer läuft mit dem 9. Januar 1895 ab.

New-York, 7. November. Die Tammany-Partei verlor die Kontrolle sämtlicher hiesiger städtischer Aemter, alle ihre Kandidaten für die Staatslegislatur und den Kongress unterlagen. Besonders bemerkenswerth ist der Erfolg der Republikaner in den Substanen. Die Führer derselben schreiben dies Resultat der Unzufriedenheit darüber zu, daß die demokratische Majorität des Senats die Wünsche der Bevölkerung hinsichtlich der Tarifreform nicht erfüllte.

(Develschen-Bureau Gerold.)

Gießen, 7. November. In der Betrugsache gegen den Bankier Schulhof beantragte der Staatsanwalt in 25 Betrugsfällen eine Gesamtsstrafe von 7 Jahren 16 Wochen und 7 Tagen Gefängnis, sowie eine Geldstrafe von 3000 M.

Arbeiter! Parteigenossen!

Die Verhandlungen wegen Beendigung des Bierboycotts sind abgebrochen worden, weil die Ringbrauereien eine Bedingung stellten, deren Annahme mit der Ehre der Arbeiterschaft unvereinbar ist. Die Vertreter des Brauerings hatten die Stirn zu fordern, daß der Friedensschluß davon abhängig gemacht werde, daß 33 Arbeiter nie mehr in den Betrieben der Ringbrauer beschäftigt werden.

Arbeiter! Parteigenossen! Ohne jeden Anlaß seitens der betreffenden Arbeiter sind am 16. Mai Hunderte auf Pflaster geworfen worden. Und nun sollen nach monatelanger Aussperrung, nach monatelangen Entbehrungen dreihundert Arbeiter dauernd dem Elend, für immer der Existenzlosigkeit, also dem langsamen Zugrundegehen überliefert werden, dreihundert Mann, von denen keiner Schuld an dem Boykott trägt. Sie sollen als Opfer des Kapitalistenübermuthes auf der Straße bleiben. An der barbarischen Doppeldeutigkeit des 16. Mai hatte der Brauering nicht genug — seine Rache verlangt die Vernichtung von weiteren dreihundert Existenzen.

Arbeiter! Genossen! Wir wissen, daß wir in Eurem Sinne gehandelt haben, als wir diesem ungeheuerlichen Anstrome ein empörtes kurzes Nein entgegensetzten und die Verhandlungen abbrachen. Die Arbeiter Berlins konnten und wollten einen ehrlichen Frieden schließen; niemals aber werden wir unsere Hand dazu bieten, niemals werden die Klassenbewußten, in den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie organisierten Arbeiter dulden, daß ein

eheloser Friede

geschlossen wird.

Nun ist die Entscheidung getroffen. Der Boykott muß mit erneuter und vermehrter Energie fortgeführt werden. Die Parole

Kein Tropfen Ringbier

muß mit unwiderstehlicher Macht zur Durchführung gelangen.

Jeder einzelne Arbeiter muß seine ganze Kraft aufwenden, um den Boykott zur vollen Wirkung zu bringen. Dazu ist nöthig, daß die gesammte Arbeiterschaft mit verdoppelter Kraft Hand ans Werk legt, die zur Organisation, Ueberwachung und Durchführung des Boykotts erforderlichen Maßregeln energisch zu unterstützen.

Es bedarf aller Kraft, aller Energie, denn die Brauerdirektoren haben offen erklärt, die Untertwerfung der Berliner Arbeiterschaft durch neue Massenmaßregelungen erzwingen zu wollen!

Arbeiter, Parteigenossen! Der Brauering hat zwar Millionen zur Verfügung und wird in diesem Klassenkampfe auch fernerhin Hunderttausende opfern; hinter uns aber stehen die Massen, auf unserer Seite ist das Recht, ist die Begeisterung, ist der Opfermuth. Und an Euren Opfermuth appelliren wir abermals.

Die unschuldigen Opfer kapitalistischen Uebermuthes dürfen nicht dem Hunger preisgegeben werden. Seit Monaten liegen diese Hunderte existenzlos auf der Straße. Wir wenden uns deshalb an die Arbeiter von ganz Deutschland um thätkräftige und schnelle Unterstützung.

Der Kampf ist uns aufgezwungen worden. Die Berliner Arbeiterschaft hat den Handschuh aufgenommen und sie wird den Kampf durchführen bis zum Ende.

Arbeiter! Euer Klassen-Interesse nicht bloß, Eure Klassen-Ehre ist im Spiel. Da giebt es keinen anderen Gedanken als Sieg!

Vorwärts zum Sieg! Kein Tropfen Ringbier! Hoch der Boykott!

Die Boykott-Kommission.

Boykottfreies Bier liefern:

- Brauerei Carlberg, Friedrich Reichenkron, Charlottenburg.
- Brauerei Wilhelmshöhe, E. Lehmann, Berlin.
- Brauerei Pichelsdorf, Direktor Hoffmann.
- Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Süddeutsche Brauerei, Karl Ring u. Co., Berlin.
- Brauerei Muggelslöschchen, Friedrichshagen.
- Nordstern-Brauerei, Berlin.
- Rathenower Exportbrauerei-Niederlage, Jub. Max Demhardt, N.W., Hannoverstr. 18a. Tel. III. 8178.
- Schloßbrauerei, Fürstenwalde, Niederlage bei Franz Heiser, N., Liefenstr. 5.
- Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. O., Niederlage Greifswalderstr. 229.
- Phönix-Brauerei, C. Radon, Lichtersfeld.
- Brauerei Jagdschlöschchen, Eberswalde, Niederlage Edm. Kenter, Swinemünderstr. 45.
- Brauerei Tivoli, Strausberg, Niederlage Stabernad, Mühlenstraße 49a.
- Louisen-Brauerei, Vellermannstr. 71a/72.
- Brauerei Königs-Wusterhausen, Niederlage Reichenbergerstraße 33.
- Brauerei Tanz, Freienwalde a. O., Vertreter: W. Marten, N., Gartenstr. 152.
- Bürgerliches Brauhaus, Ludenwalde, Niederlage Gust. Spieckermann, Weberstr. 66.
- Export-Brauerei Grabow a. O. bei Stettin, Niederlage Marten, Vellermannstr. 6.
- Brauhaus Hohen-Schönhausen bei Berlin.

Lokales.

Die Liste der boykottfreien Gastwirthe und Restaurateure wird der am Sonnabend erscheinenden Nummer des „Vorwärts“ wieder beigelegt werden. Veränderungen in der Liste müssen von den hierzu beauftragten Kontrollleuten bis spätestens Freitag Vormittag 10 Uhr in der Druckerei von Max Bading, Beuthstraße 2, Hof 3 Treppen, abgeliefert werden.

Die Doppeldeutigkeit und Boykott selbst auf die be-rühmten „Bohlfahrts-Einrichtungen“ der Schultheiß-Brauerei wirken und durch welche Mittel Herr Köfke diese Wirkungen abzuschwächen versucht, das beweist der soeben von ihm erlassene General-Kantinen-Befehl, der eine tägliche Erhöhung um 40 Pf. der nothwendigsten Lebensmittel für die Schultheiß-Brauerei-Arbeiter zur Folge hat und über den mehrere (scheinbar) „artige Kinder“ in ihres Herzens Groll und Karger sich nicht etwa beschwerde-führend an die recht-instantische Kantinenkommission, sondern an uns, an die weite Öffentlichkeit wenden.

Während nach § 8 der Kantinenordnung des Herrn Köfke die von der Kantine verabfolgten Speisen und Getränke zum Selbstkostenpreise abzugeben sind, sollen nach § 12 derselben „Ordnung“ die Kantinen-Uberschüsse (Uberschüsse in Höhe von 600 M. beim Selbstkostenpreise) in die berühmten Köfkeschen Unterstützungsstellen fließen, und zwar im Verhältnis zur Zahl der im Laufe des verfloffenen Jahres in den einzelnen Gruppen durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer. Da nun aber erstens die Zahl der Arbeitnehmer bei Schultheiß in diesem Jahre durch die brutale Doppeldeutigkeit kleiner, die Kantinen-Uberschüsse dementsprechend geringere geworden, und da zweitens die infolge des Boykotts heruntergegangene Schultheiß-Dividende ihre Rückwirkung auf das in Schultheiß-Spar-Aktien angelegte Unterstützungsklassen-Kapital ebenfalls auszuüben beginnt, so ist der erfinderrische Herr Köfke auf seiner Suche um Abhilfe dieses doppelten Uebelstandes auf den für einen Arbeiterfreund seines Schlages sehr nahe liegenden Gedanken gekommen, den drohenden Verlust, oder wenigstens einen Theil desselben, auf die Schultern der Aktionäre — pardon! — Arbeiter zu wälzen, und zwar müssen dieselben, laut Ulas, fortan für ein Kantinen-Dejeuner und Souper à 10 Pfennige Aufschlag, und für ein Kantinen-Diner sogar 20 Pf. mehr als bisher zahlen, so daß ein Köfkescher Arbeiter-Bruststüd und Abendbrot beim „Rittgrot“ jezt einen Selbstkosten-Preis von 45 Pf. bezw. 65 Pf. hat.

„Aber Kreuzbombenelement! Weiß der „Vorwärts“ denn nicht, daß ich keinem meiner Arbeiter meine Wohlthaten aufdränge!“

Sehr wohl, Herr Wohlthäter! Wir kennen sogar den Wortlaut des letzten Paragraphen auf dem geduldbigen Druckpapier Ihrer ausgezeichneten Kantinen-Ordnung; derselbe lautet: „Kein Arbeitnehmer ist verpflichtet, seinen Bedarf an Nahrungs- und Genussmitteln aus der Kantine zu entnehmen.“

Leider kennen wir aber auch die praktische Bedeutung, die solch eine „Nichtverpflichtung“ in der Regel hat.

Durch die verhältnismäßig bedeutende tägliche Preiserhöhung um 40 Pf. pro Mann schlägt eben Herr Köfke zwei Fliegen mit einer Klappe; er beugt nicht bloß einem drohenden Defizit und gänglichen Eingehen der Kantine vor, sondern er ergiebt dadurch auch einen sicher zu erwartenden erheblichen, in die „Unterstützungsstellen“ fließenden Uberschuß.

Im Verhältnis zu den 15 161,21 M. betragenden Kosten der Kantinen, Küchen etc. — bestehend in dem Gehalt des Personals, in Beschaffung des Inventars, der Feuerung, Beleuchtung und in baaren Zuschüssen (abzüglich 588,68 M. Bruttogewinn der kalten Küche) — waren die Kantinen-Uberschüsse bisher gering; sie vertheilten sich für 1893 auf die Unterstützungsstellen der

Brauergehilfen	mit 113,87 M.
Böttchergehilfen	27,89 „
Handwerker, Maschinenisten, Heizer	76,95 „
Bierfahrer, Reservekutscher, Mit-fahrer	183,40 „
Glasklempner, Arbeiter	185,67 „
Summa 588,68 M.	

Das infolge Arbeiterfreundlichkeit und freiwilliger Wohlthätigkeit schon von diversen Heiligenscheinen umstrahlte Haupt des Herrn Köfke erscheint durch die plötzliche Preiserhöhung dieser zum Selbstkostenpreise zu verabsorgenden nothwendigsten Lebensmittel mit einem Male wieder in so intensiver greller Beleuchtung, daß wir unsere Augen schleunigst abwenden müssen, um nicht völlig geblendet zu werden.

Achtung, Flugblattvertheilung! Die Parteigenossen und Genossen von Friedrichshagen werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonntag, den 11. November, ein Flugblatt vertheilt werden soll. Wer ein zielbewußter Genosse ist, melde sich zwecks Mitarbeit am Sonntag früh präzis 7 1/2 Uhr in einem der folgenden Lokale: Bernhard Lange, Wartenbergstraße 67; Oskar Schulze, Friedrichstr. 34; Emil Heinicke, Friedrichstr. 11.

Die städtische Schuldeputation war von verschiedenen Seiten erlucht worden, zu bestimmen, daß der Unterricht auf der Unterstufe der Gemeindeschulen im Sommer nicht vor 8 Uhr zu beginnen habe. Die Behörde hat sich jedoch, wie die „Voss. Zig.“ hört, im Hinblick auf die sehr verschiedenen ökonomischen Verhältnisse der Familien in den verschiedenen Stadtgegenden und die dadurch bedingten Wünsche, sowie mit Rücksicht auf die allgemeinen Gründe, die für den früheren Ansatze sprechen, nicht entschließen können, eine grundsätzliche, alle Schulen bindende Anordnung zu treffen. Es ist vielmehr den Direktoren, die jene Verhältnisse ihrer Stadtgegend genau kennen müssen, überlassen worden, je nach vorwiegendem Bedürfnis den Unterricht um 7 oder um 8 Uhr beginnen zu lassen.

Die Arbeiterbeförderung auf der Ringbahn. Zum so und so vielen Male löst wieder die allbekannte Klage über die Beförderung der Arbeiter auf dem Nord- und Südring an unser Ohr. Man weiß, wie wenig die erbobenen Beschwerden geachtet haben und wie die Eisenbahn-Behörde, statt den Wünschen des Arbeiterpublikums entgegenzukommen, unentwegt geradeaus den Steilgang der Bureaokratie schreitet. Sollte man es für möglich halten, daß die Bahnverwaltung, statt zu helfen, vom 1. November ab die Hälfte der Morgens und Abends auf dem Nordring fahrenden Sonderzüge hat ausfallen lassen? Der Verkehr ist der gleiche wie früher, die noch fahrenden Züge sind infolge dessen so überfüllt, daß oft jeder Wagen die doppelte Anzahl der zulässigen Passagiere aufnehmen muß — oft sind über 15 Personen in einem Koupee eingepfercht — und doch hört das Publikum weder von einer Abhilfe, noch von einem Einschreiten der Sicherheitspolizei. Der Pferdebahnbesitzer ist polizeilich gezwungen, ein altes Mütterchen, das in den gerade gefüllten Wagen einsteigen will, draußen im Regen stehen zu lassen; die Bahnverwaltung befördert ihre Passagiere Tag für Tag in überfüllten Wagen, ohne daß etwas von Remedur verlaute. Aber auch weiter kommt in Betracht, daß die überfüllten Züge oft ihre Fahrzeit nicht inne halten können und daß dadurch die Arbeiter zu spät an ihre Arbeitsstätte kommen, wo ihrer kalt lächelnd der Beamte mit dem zum sozialreformatorischen Requisit gehörenden Strafregister harret.

Ein liebliches Bild von dem vereinten staatlichen und fabrikantlichen Wirken zum Wohl der Ausgebeuteten. Ob unter dem jetzigen Regime noch einmal eine Wendung zum Besseren eintreten wird? Wer das hofft!

Der Nachwächterdienst in der fünften Polizeihauptmannschaft im Südwesten Berlins wird ebenfalls, wie jezt endgiltig bestimmt worden ist, vom Dezember d. J. ab durch Schutzmänner versehen werden.

Amphitheater ist bekanntlich der klassische Name für den letzten Platz im königlichen Opernhaus, der, wenn man sich setzen will, 1,50 und, wenn man das Vergnügen stehenden Fußes genießen will, 1 M. kostet. Man würde sich diesen für wenig Bemittelte ziemlich hohen Preis immerhin noch gefallen lassen, wenn man nun dort oben auch wirklich überall etwas für sein schweres Geld sehen könnte. Das ist aber bei einem großen Theile der Amphitheater-Plätze nicht der Fall. Wer einen Sitzplatz in der ersten oder zweiten Reihe, mehr nach der Mitte hin, erlangt hat, kann, wenn er sich sonst scharfer Seh- und Gehörwerkzeuge erfreut, allenfalls noch leidlich sehen und hören. Von den übrigen Sitzplätzen aus kann man nur dann den Vorgängen auf der Bühne einigermaßen folgen, wenn man aufsteht, wodurch natürlich wieder die Inhaber von Sitzplätzen am Sebrn gehindert werden. Auf den an der Seite gelegenen Sitzplätzen Nr. 101—112 z. B. kann man ohne Kuffen absolut nichts sehen. Ganz trostlos sind die Unglückseligen daran, die sich, ohne die Verhältnisse zu kennen, ihren Sitzplatz in der Mitte gesucht haben. Der große Kronleuchter verdeckt die Aussicht dergestalt, daß man von den auf der Bühne befindlichen Sängern und Sängerinnen nur ab und zu einen Arm oder einen Kopf wahrnehmen kann, meistens sieht man nur die Beine und die noch nicht einmal ganz. Wir möchten den Generalintendanten der königlichen Schauspiele, Herrn Grafen Hochberg, raten, sich einmal von dieser Stelle aus eine Vorstellung mit anzusehen, für ein zweites Mal würde er gewiß bestens danken.

Zwei Riesenteppiche sind im Auftrage einer Berliner Dekorationsfirma für das neue Reichstagsgebäude bei einer Schmiedberger Teppichweberei bestellt und vor kurzen fertiggestellt worden. Der größere der beiden Teppiche, welcher für den Besesaal des Gebäudes bestimmt ist, hat eine Ausdehnung von 9,93 zu 23,27 Metern. Neun Arbeiterinnen arbeiteten an diesem Monstrum von einem Teppich ca. 60 Tage. Nicht weniger als 4 575 825 Knoten oder Maschen sind in dieser Zeit von den Arbeiterinnen an dem Teppich gemacht worden. Der zweite kleinere Riesenteppich in Form eines Achtecks hat eine Ausdehnung resp. einen Durchmesser von 11,27 Metern. Derselbe ist ebenfalls von der genannten Teppichweberei verfertigt worden und kommen auf seinen gesammten Flächeninhalt 2 947 500 Knoten oder Maschen, welche in einem Zeitraum von etwa 40 Tagen von 12 Arbeiterinnen geknüpft worden sind. Wie hoch oder vielmehr wie niedrig mag der Lohn sein, den die Arbeiterinnen für diese Riesearbeit erhalten?

Krähwinkel in der Reichshauptstadt. Unga Rißstände herrschen auf einem Friedhofe, der abseits der Müllerstraße liegt und für die Gemeinden Golgatha, Evangelist und die der Stadtkirche angelegt ist. Mit Eintritt der Dunkelheit wird die Gasse durch einen Thormweg geschlossen und der Schlüssel in dem Hause Müllerstraße 135 bei dem Todengräber aufbewahrt. Treffen nun Leichen zur Unterbringung in der Halle am Abend ein, so finden sie keinen Einlaß, bis der Schlüssel von dem über eine Viertelstunde entfernt wohnenden Todengräber herbeigeht worden ist.

Schwerverleht hat sich beim Zerleinern von Holz der 32 Jahre alte Arbeiter Ferdinand Linke aus der Bergmannstr. 3. Er arbeitete auf dem Grundstück Friedrich Wilhelmstr. 12 und brachte sich einen Weilsieb in die Aue der linken Hand bei. Sein Zustand machte die Aufnahme in einem Krankenhaus nothwendig.

Vor Hunger umgefallen ist in der Zeltowerstraße ein Arbeiter, der am 15. September aus dem Krankenhaus entlassen wurde und seit dieser Zeit ohne Beschäftigung war. Mit heißer Bier verschlang der Unglückliche ein Stück Brot, das ihm von einem des Weges kommenden Schloffer gereicht wurde. Die Straßenpassanten, die sich um das Opfer unserer herrlichen Weltordnung ansammelten, veranstalteten ferner eine kleine Kollekte, die den Armen wenigstens für einige Tage vor dem Hungertode schätzen wird.

Kein Tag vergeht, ohne daß nicht Hunger und Elend einen Menschen zum Selbstmord treiben. Der 21jährige Barbier Franz Karow, der im Keller des Hauses Raumnstr. 3 ein offenes Geschäft betrieb, konnte seinen Verpflichtungen bei den

artigen Einwirkungen nicht mehr nachkommen, blieb mit der Nichte im Rücken und entschloß sich schließlich, dem Leben ein Ende zu machen. Auf der Hochmaschine bereitete er Kohlenfeuer, und als die ausströmenden Gase den Raum füllten, erhängte er sich außerdem noch. Hausbewohner fanden die Leiche am Dienstag Vormittag auf. Und eine Gesellschaftsordnung, zu deren notwendigem Bestandtheil solche schauerliche Fälle gehören, soll mit dem Ausnahmestricke oder mit verschärften Strafgesetzen gegen den Umsturz aufrecht erhalten werden. Köstlich!

Gegen das Schwindel-Schuhzeug wendet sich der „Verein selbständiger Schuhmacher des Südens“ in einem Flugblatt. Die Schuhmacher erklären, daß die billige und schlechte Waare ein besonders auf die Leichtgläubigkeit des Publikums berechnetes Fabrikat bilde, das aus minderwertigem Material und bei um die Hälfte herabgedrücktem Lohn hergestellt werde. Sehr oft bestehe das Schuhzeug aus dreifach gespaltenem, die Risse schwammartig aufweisendem, mit Glanzmaterial ansehnlich gemachtem und durch Schnellgerbung hergestellten Sohlenleder. Zu Kappe und Zehenschuhe werde Kunstpappe verwendet. Dieser erdrückenden Konkurrenz gegenüber haben sich die wirklichen Schuhmacher im Hinblick auf die gegenwärtig schlechten Erwerbsverhältnisse entschlossen, mit einem geringeren Nutzen, als bisher, fürlieb zu nehmen und ebenso billig zu verkaufen. Da sie keine Mittel für Kellermittel, Ladenmiete etc. aufwenden, hoffen sie, der Schuld Konkurrenz durch ihre gute Arbeit erfolgreich zu begegnen. Bezüglich der Ausbesserungen weist der Verein darauf hin, daß für 1,90 bzw. 2 M. ein Paar Sohlen und Abfüße auf Männerstiefel aus Kienleder nicht herzustellen seien, da die Zubehalten und der Lohn für 2-3 Stunden Arbeitszeit dem Meister selbst mehr kosten.

Ershossen hat sich in seiner Heimathstadt Stettin der Bau-Unternehmer Schröder, der seit einiger Zeit hier etablirt war. Schröder ist ein Opfer der Geldwucherer geworden. Er hinterläßt seine Frau mit zwei Töchtern in bitterster Nothlage.

Zwei Paletotmarder sind in den Handlungsdienern Albert Pauli und Paul Timmer festgenommen worden. Ihnen werden 21 Paletotdiebstähle zur Last gelegt.

Wegen Blutschande sind gestern Vormittag der in der Reindendorferstraße wohnende 54 jährige Arbeiter Adolf M. und dessen 22 jährige unverehelichte Tochter Hermine M. zum Untersuchungsarrest gebracht worden.

Neurologist. Als der Zimmermann Albert Schönicke aus der Englischenstraße zu Charlottenburg ist der Mann festgestellt worden, der sich am Sonntag Nachmittag um 6 Uhr an der Corneliusbrücke in das Wasser stürzte, aber noch gerettet werden konnte. Ueber die Ursache dazu hat die Ehefrau nichts angeben können.

Eine harte Strafe ist in der vorletzten Nacht einem gebildeten Rowdy widerfahren, der in freventlicher Weise eine ankündigende Dame auf der Straße belästigt hatte. In der Nacht zum Mittwoch passirte die Kaufmannsfamilie K., in deren Begleitung sich auch die Kindergärtnerin Fräulein B. befand, von einer Feindschaft kommend die Chausseestraße. Der 20 jährige Techniker Richard Gauke begegnete dieser Gruppe und hatte die Frechheit im Vorbeigehen das Fräulein B. um die Taille zu fassen und trotz ihres Sträubens festzuhalten. Als Herr K. der bedrängten Dame zu Hilfe eilen wollte, erhielt er sofort von dem Angeklagten einen Schlag ins Gesicht. Hiernach wollte der feige, rüde Patron entfliehen, knarrte aber auf dem Strahndamm, kam zu Falle und erlitt dabei einen Bruch des rechten Unterschenkels. Der Verunglückte fand Aufnahme im Lazarus-Krankenhaus, wird sich aber nach seiner Wiederherstellung noch vor dem Strafrichter zu verantworten haben.

Gesperrt für Fuhrwerk und Reiter ist die Straße „Am Festungsgraben“, zwischen dem Platz „Am Opernhaus“ und der Straße „Hinter der katholischen Kirche“ und die Straße 44 der Abtheilung XII² des Bebauungsplanes von der Petersburger- bis zur Thierstraße.

Polizeibericht. Am 5. d. M. Morgens versuchte ein Dienstmädchen in der Wohnung seiner Herrschaft, in der Brandenburgstraße, sich mittels Salzsäure zu vergiften. Es wurde noch lebend nach dem Krankenhaus gebracht. — Am 6. d. M. Morgens stürzte in der Seifenfabrik Kopenstr. 27 ein Arbeiter in den Fahrstuhlschacht und blieb auf der Stelle todt. — In der Brunnenstraße geriet gestern Nachmittag ein Mädchen unter die Räder einer Trosche und erlitt einen Bruch des Oberschenkels. — Auf dem Hofe des Grundstücks Grenadierstr. 14 wurde ein Knabe beim Spielen durch eine umfallende Billardplatte am Kopfe schwer verletzt. — Abends wurde ein Mann in seiner Wohnung, in der Naunpstraße, erhängt vorgefunden. — Im Laufe des Tages fanden drei Brände statt.

Witterungsübersicht vom 7. November 1894.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur (nach Celsius) (M. = 40 R.)
Swinemünde	766	W	1	Dunst	8
Hamburg	766	WSW	2	Nebel	4
Berlin	767	W	2	heiter	5
Wiesbaden	768	WS	2	Dunst	4
München	768	EO	2	wolklos	1
Wien	769	—	—	heiter	5
Sapatauda	769	NO	2	bedeckt	-18
Petersburg	767	NO	2	bedeckt	-3
Corf.	751	EW	3	Regen	11
Aberdeen	751	S	5	wolkig	10
Paris	766	SE	1	Nebel	5

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 8. November 1894. Etwas wärmeres Wetter mit mäßigen südwestlichen Winden und zunehmender Bewölkung; nachher leichter Regen. Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Beitung.

Die Anarchisten im Polizeistaat Preußen. Der Zusammenstoß zweier Anarchisten mit Polizeibeamten beschästigte gestern das Schwurgericht des Landgerichts I in umfangreicher Verhandlung. Auf der Anklagebank sitzen der Schlosser Adolf Schönicke, ein 34jähriger, unbekannter Mann, und der Mechaniker Albert Dräger, welcher 26 Jahre alt und gleichfalls unbekannt ist. Beide Angeklagte werden beschuldigt, am 13. August d. J. Polizeibeamte angegriffen und gemeinschaftlich mißhandelt zu haben. Schönicke außerdem, versucht zu haben, den Schuhmann Nöhlemann, den Schuhmacher Jachan und den Schlächtergehilfen Siebert durch Revolvergeschüsse zu tödten, um sich der Ergreifung auf frischer That zu entziehen. Den Vorsitz des Gerichtshofes führt Landgerichtsdirektor Junke, die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Benediz, derselbe Mann, der durch den Gummischlauchprozeß und kürzlich durch Betonung seines christlichen Standpunktes weiteren Kreisen bekannt geworden ist; die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Patscher für Schönicke und Priester für Dräger. — Der Vorfall, um welchen es sich handelt, ist f. J. von, und eingehend besprochen worden. Die beiden Angeklagten, welche sich f. J. in der Fabrik von Pusch kennen gelernt haben, haben sich schließlich auch in ihren politischen Gesinnungen zusammengefunden und nennen sich Anarchisten. Schönicke war nach der Anklage seit dem Mai 1894

arbeitslos und hatte den Plan gefaßt, mit Dräger zusammen nach Wien zu gehen, um dort in der Siemens'schen Fabrik Arbeit zu nehmen. Er hatte (nach der Anklageschrift) am 13. August auch schon von mehreren Freunden Abschied genommen und gesagt, daß er nach Wien gehe. Doch die Polizei glaubte dies nicht, denn sie wußte von dem Angeklagten, daß er am 13. August nur noch so geringe Baarmittel besessen hat, daß er damit unmöglich bis nach Wien kommen konnte. Beide Angeklagte will die Polizei als Anarchisten kennen. Wie? Es stand, immer nach der Anklage, fest, daß sie viel in Anarchistenkreisen verkehrten! Sie wurden deshalb (i) polizeilicherseits scharf observirt. Dräger scheint hiervon nicht viel gewußt zu haben, anders Schönicke, dem diese sorgfältige Beobachtung natürlich außerordentlich lästig sein mußte. Am 18. August waren die Schutzleute Busse und Finke damit beauftragt, ein Schanklokal in der Blumenstraße, in welchem Anarchisten zu verkehren pflegten, zu beobachten. Beide Polizeibeamte befanden sich in Zivil, sie postirten sich vor dem Lokal und sahen mit Kennerblick, wie in der neunten Abendstunde Schönicke aus demselben herauskam. Dieser kannte namentlich den Schuhmann Busse und als er beim Verlassen des Lokals an den Beamten vorüberging, fixirte er diese nach der Anklage mit höhnischem Blick. Dann drehte er sich um und ging in das Kleinan'sche Lokal zurück und rief hinein: „Seht mal, da gehen Spiegel!“ Als er dann wieder das Lokal verließ, schloß sich Dräger ihm an, beide fixirten abermals „höhnisch“ die Beamten und letztere sahen das Entsetzliche, daß die Angeklagten, als sie in der Richtung nach der Marktsstraße weiter gingen, wiederholt mit den Fingern nach ihnen hinwies! Dräger verließ dann Schönicke noch einmal, ging ins Lokal zurück, folgte dann aber sofort wieder seinem Freunde, hinter welchen die Beamten hergingen. Schönicke hatte einen scharfen Schritt angenommen und sah sich gar nicht um. In der Kaiserstraße kam es zwischen ihm und dem ihm auf den Fersen folgenden Schuhmann Busse zu einem Zusammenstoß. Schönicke, wohl der unangesehenen Verfolgung müde, drang auf den Beamten ein und gab ihm einen Faustschlag ins Gesicht, sodas der Geschlagene zu taumeln begann. Busse packte nun den Angeklagten Schönicke mit kräftiger Hand und warf ihn zu Boden. Es entwickelte sich ein Kampf, bei welchem auf der einen Seite der Schuhmann Finke seinem blutenden und bedrängten Amtsgenossen zu Hilfe eilte, auf der anderen Seite Dräger auf die Beamten einhieb, indem er ausrief: „Haut die Hunde, es sind Spiegel!“ Die Schlägerei wogte längere Zeit zwischen den kämpfenden Parteien hin und her, und die Beamten trugen verschiedene Verletzungen davon. Endlich ergriffen der uniformirte Schuhmann Nöhlemann auf der Bildsäule, bei dessen Annäherung Dräger entflo. Es gelang schließlich, den Schönicke festzunehmen. Auf dem Transport nach der Wache warf sich Schönicke blitschnell auf den Schuhmann Nöhlemann und entflo. Als er verfolgt wurde, blieb er plötzlich stehen, griff in die hintere Rocktasche und zog einen geladenen sechs-läufigen Revolver hervor. Unmittelbar darauf schoß er auf Nöhlemann los, so daß diesem nach der Anklage der Pulverdampf ins Gesicht kam. Die Kugel sauste ihm dicht an der Schläfe vorbei. Schönicke floh weiter, drehte sich dann nochmals um und schoß noch einmal, ohne zu treffen. Er floh dann in die Kurzstraße hinein, verfolgt von dem Hute: „Haltet ihn! Haltet ihn!“ Um dieselbe Zeit kam der Schlächtergehilfe Siebert mit seiner Frau am Arm die Kurzstraße entlang und wollte den Flüchtling am Hock festhalten. Da zielte Schönicke auch auf ihn und drückte den Revolver abermals los, ohne zu treffen. Schließlich stellte sich der Schuhmann Jachan dem Fliehenden in den Weg und versuchte ihn niederzuschlagen; da knallte ein vierter Schuß und als Schönicke endlich zu Boden geworfen war, gab er nach der Anklage noch zwei Schüsse auf Jachan ab. Dieser hat einen Streifschuß am Kopf und an den Rippen erhalten, außerdem ist ihm eine Revolverkugel in den Unterarm gedrungen und hat sich dort während des längeren Krankenlagers des Verwundeten verlagert. Auch die beiden anderen Beamten sind infolge der Verletzungen einige Zeit dienstunfähig gewesen. — Bei der am folgenden Tage bei den beiden Angeklagten vorgenommenen Haus-suchung fand, wie damals berichtet wurde, die Polizei bei Schönicke eine Reihe von Gegenständen, welche nach der Anklage ihre Vermuthung nahe gelegt haben, daß er mit Verbrechen beschästigt war, um die anarchische Propaganda der That durch gewaltsame Mittel zu verwirklichen. Donnerwetter! Es sollen nicht nur sozial-revolutionäre Druckschriften gefunden worden sein, sondern auch ein Bogen Chiffrierschrift, die darauf hindeuten soll, daß Schönicke der sogenannten Eppropriateurgruppe der Anarchisten angehörte, eine Blutlaterne, mehrere Dietriche, mehrere Revolver, Chemikalien und Utensilien, wie sie zur Anfertigung von Sprenggeschossen verwendet werden, eine nicht geladene Granate, und ein Schrapnel (es wird der bekannte Zigarrenabschneider gemeint sein, als welcher schließlich der schauerliche Fund enthielt wurde. D. N.). Bei Dräger ist eine große Anzahl sozialrevolutionärer Schriften aufgefunden worden. (Wessen Inhalts konnten wir nicht erfahren. D. N.). Der Angeklagte Schönicke hat die bei ihm aufgefundenen verdächtigen Gegenstände harmlos zu erklären versucht, indem er darlegte, daß es sich um Hilfsmittel zu elektrischen Spielereien handele und daß er die Granate als Abschreiber benutz habe. — In der Verhandlung sind 24 Zeugen und Sachverständige geladen. Zu letzteren gehören Premierlieutenant Seiffert von der Feuerwerkerschule, Kriminalkommissarius Wöfel, der bekannte Herr, der aus der Ahlefeldt-Tragedie, die sich im Gummischlauch-Prozeß abspielte, noch einmahl sein wird, Medizinalrath v. Joller, Bezirksphysikus Müller und noch vier andere hiesige Aerzte. — Nach Verlesung des Anklage-beschlusses beantragt Staatsanwalt Dr. Benediz für die den ganzen Tag ausfüllende Verhandlung die Oeffentlichkeit auszuschießen. Nach kurzer Beratung gab der Gerichtshof richtig diesem Antrage statt, weil aus der öffentlichen Verhandlung Gefahren für die öffentliche Ordnung, insbesondere für die Staatssicherheit zu befürchten seien!!!

Die Oeffentlichkeit wurde erst 9 Uhr Abends wieder hergestellt. Die Geschworenen erben ihren Wahspruch im Sinne der Anklage ab. Der Staatsanwalt beantragte gegen Schönicke 15 Jahre Zuchthaus (N), gegen Dräger 5 Jahre Gefängnis (N). Der Gerichtshof erkannte gegen Schönicke 12 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht, gegen Dräger auf 5 Jahre Gefängnis. Dräger erklärte Revision einzulegen.

Reichstags-Abgeordneter Genosse Stadthagen hatte sich am Dienstag vor dem Reichsgericht in zwei Revisions-sachen zu verteidigen. In der etwas energischen Wahrnehmung seiner Rechte bei Gelegenheit der 1890er Wahl hatte das Landgericht II zwei Verurtheilungen, die Staatsanwaltschaft überdies noch einen Hausfriedensbruch gefunden: Stadthagen wurde unter Freisprechung von der Hausfriedensbruch-anlage wegen zwei angeblicher Verurtheilungen zu 300 Mark Geldstrafe verurtheilt. Das Reichsgericht mußte Stadthagen's Revision stattgeben, weil das Oefeh vom Gericht vor verschiedenen Richtungen hin verlegt worden war. Vor dem Landgericht Berlin I wurde der Angeklagte dann von einer Verurtheilung und vom Hausfriedensbruch freigesprochen, wegen einer früheren mit 100 M. bestrast. Die von Stadthagen hiergegen eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht am Dienstag verworfen, wiewohl der Reichsanwalt zugab mußte, daß das Urtheil erster Instanz von Unklarheit nicht frei sei. —

Die zweite Revisions-sache betraf die Verurtheilung Stadthagen's wegen als Verurtheilung charakterisirter Ausübung seiner Pflicht als Verteidiger in den Sachen Peus und Fritzsche und Genossen zu 4 Monaten Gefängnis und wegen Freisprechung im Falle wider Matthies. Angeklagter und Staatsanwalt hatten gegen dies Urtheil Revision eingelegt. Dieth

Padung zu dem Reichsgerichtstermin war Stadthagen erst sechs Tage vor dem Termin, unmittelbar nach Einberufung des Reichstags zum 15. d. Mts. zugegangen. Sein Antrag, den Termin zu verlagern, um wenigstens so viel Zeit zur Vorbereitung seiner Verteidigung zu haben, als in Haft-sachen zugelassen zu werden pflegt, wurde vom Reichsgericht abgelehnt. In etwa dreistündiger Rede begründete Stadthagen seine Revision, wies darauf hin, daß er durch Ablehnung einer Anzahl Beweisstücke in seiner Verteidigung beschränkt sei, daß er, wie der Vorderrichter selbst ausdrücklich zugiebt, nirgend eine beleidigende Form angewendet habe. Wenn der Vorderrichter ihn dennoch verurtheilt habe, so beruhe diese Verurtheilung auf der durch nichts zu rechtfertigenden Annahme, daß ein Anwalt, dessen Klienten zweifellos die höchsten Gesehesverletzungen haben erdulden müssen, ja deren Frauen infolge Wagnahmen der Behörden dem Tode entgegengeführt seien — den Beweis hierüber habe allerdings der erste Richter abgelehnt — zwar berechtigt sei, Strafanzeige wider die Beamten zu erkatzen, in der Strafanzeige aber nicht erwähnen dürfe, daß die Gesehesverletzungen wissenschaftlich, absichtlich und vorsätzlich begangen seien. Diese Ansicht billigen, heiße, den Angeklagten schuldig der absoluten Willkür der Behörden preisgeben. — Die Revision der Staatsanwaltschaft wüßte schon deshalb verworfen werden, weil Magdeburger Behörden nicht nur ungeseklich und rechtswidrig, wie ja auch der erste Richter annehme, einen von ihm an seinen Klienten Matthies gerichteten Brief eröffnen und gelesen hätten — auf seinen Strafantrag wegen unbefugter Brieföffnung, der vor länger als Jahresfrist gestellt, sei bislang eine Entscheidung noch nicht getroffen — sondern auch deshalb, weil die An-eignung des Briefes, wie sie vom Landgericht festgestellt ist, eine Unterschlagung darstelle: er erinnere an die angebliche Unterschlagung Kunert's. Dieser unterschlagene Brief bilde das Fundament der Anklage. Der Reichs-anwalt anerkannte, daß nach verschiedenen Richtungen hin die Verteidigung des Angeklagten beschränkt worden sei. So hätte z. B. der Antrag, den Landgerichtsdirektor Jenbart zu befragen, aus welchen Gründen Peus vom Gericht zu der zweifellos ungeseklichen, vom Reichsgericht aufgehobenen Strafe des Ehrverlusts verurtheilt sei, nicht abgelehnt werden dürfen. Auch gebe z. B. die Feststellung, daß eine Verleumdung für vorliegend erachtet sei, weil Angeklagter Sozialdemokrat und als Sozialdemokrat Sozialdemokraten verteidigt habe, zu Bedenken Anlaß. Jedoch berühren die vorhandenen Gesehesverletzungen das angegriffene Urtheil nicht. Die Revision der Staatsanwaltschaft sei gerechtfertigt, wieweil nach Feststellung des Landgerichts zweifellos die Magdeburger Behörden mit dem Brief des Verteidigers an seinen Klienten gesekwidrig vorgegangen seien. Das Reichsgericht beschloß, Termin zur Verkündung des Urtheils auf den 13. November festzusetzen.

Werden die Omnibus-Kutscher als Menschen behandelt? Neu und abermals kein! Der bei der „Großen Berliner Omnibusgesellschaft“ seit dem 15. November 1892 beschästigt gewesene Kutscher Woy ist Ende September dieses Jahres ohne vorherige Kündigung entlassen worden und hat deshalb beim Gewerbegericht gegen die Gesellschaft eine Klage auf Zahlung einer vierzehntägigen Lohnentschädigung angehängt. In der Verhandlung, die am Montag stattfand, legte, wie die „Volks-Zeitung“ berichtet, der Direktor Friedmann zunächst einen von Woy unterzeichneten Kontrakt vor. Nach demselben ist die Gesellschaft berechtigt, den Kutscher täglich ohne Angabe eines Grundes zu entlassen, der Kutscher aber verpflichtet, eine Woche vor seinem Austritt zu kündigen. Im übrigen wurde noch vom Direktor Friedmann geltend gemacht, daß sich der Kutscher wiederholt gegen die polizeilichen Bestimmungen und gegen die Anordnungen seiner Vorgesetzten vergangen habe. Der Kutscher sei im Dienst „bummelig“ und unpfütlich gewesen, einmal sei er sogar auf dem Bod schlafend vorgefunden worden. Außerdem habe der Kutscher auch schriftlich bestätigt, daß er an die Gesellschaft keine Lohnforderung mehr habe. Der Kutscher erwiderte, daß sich diese Quittung nur auf den rüchständigen Lohn beziehe. Wenn er nach 18stündiger Dienstzeit von Morgens 5^{1/2} Uhr bis Nachts 11^{1/2} Uhr sich am andern Tage um 2-3 Minuten verspätet habe, sei ihm hierfür jedesmal eine Mark von seinem Gehalt abgezogen worden, womit er die im Monat ein bis zweimal vorgekommen kleinen Unpfütlichkeiten genügend gebüßt habe. Das Gewerbegericht unter Vorsitz des Assessors Blankenstein verurtheilte die Gesellschaft nach dem Klageantrage zur Zahlung einer Entschädigung von 39,25 Mark. Was zunächst den Kontrakt anbelange, so sei derselbe nichtig, da die Kündigungsfrist entgegen der Bestimmung des § 122 der Gewerbe-Ordnung für den Arbeitgeber und Arbeiter ungleich sei. Bezüglich der Quittung habe das Gewerbegericht dem Kutscher geglaubt, daß sich die Quittung nur auf den bereits verdienten Lohn beziehe. Im übrigen habe das Gericht keine Veranlassung gehabt, die von der Beklagten über die Führung des Kutschers vorgebrachten Behauptungen auf ihre Richtigkeit zu prüfen, da, selbst wenn dieselben bewiesen würden, damit noch kein gesetzlicher Entlassungsgrund vorhanden sei. Gewöhnt sei noch, daß die gesekwidrigen Kontraktformulare von der Packerfabrik-Gesellschaft herrühren, welche bekanntlich vor circa zwei Jahren ihre sämtlichen Omnibusse an die Große Berliner Omnibusgesellschaft abgegeben hat. Ein eigenartiger Zufall wollte es nun, daß der Direktor Starke von der Packerfabrik-Gesellschaft in der Verhandlung als Zeuge thätig war.

Wie man Jere behandelt. Beschuldigungen ungeheurer Art wurden dem Krankenwärter Johann Friedr. Wollbrandt zur Last gelegt, welcher gestern unter der Anklage der schweren Körperverletzung vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I stand. Der Angeklagte wurde im vorigen Jahre von dem Apothekenbesitzer L. angenommen, um dessen in Ezechthum verfallenen und geisteskranken Bruder zu pflegen. Wie die Anklage behauptet, hat Wollbrandt den Kranken einmal mit einem Filz-pontoffel gegen den Kopf geschlagen, weil derselbe sich verunreinigt hatte und ein zweites Mal soll er seinem Pfegling, um ihn für die Verunreinigung zu strafen, dessen eigenen Urin eingeklopft haben. Der Angeklagte bestritt dies entschieden. Er habe mit dem beiden Dienstmädchen, welche als Belastungszeugen gegen ihn auftraten wollten, stets auf sehr schlechtem Fuße gestanden und solle nun ein Opfer ihrer Rachsucht werden. Der Angeklagte brachte dann Umstände zur Sprache, welche den Gerichtshof nöthigten, die Oeffentlichkeit im Interesse der guten Sitte auszuschließen. Aus dem Urtheile ging hervor, daß der Angeklagte durch die Beweisaufnahme für überführt erachtet war. Das Urtheil lautete auf drei Monate Gefängnis.

Ein merkwürdiger Fundgegenstand, der eines Tages aus dem Bett der Spree herausgefischt wurde, spielte in einer vor dem Schöffengericht verhandelten Anklage wegen Diebstahls das hauptsächlichste Beweismittel. Angeklagt waren zwei Musiker von der Kapelle der Sommer-Oper im Bellealliance-Theater. Ein Mitglied dieser Kapelle verweilte im Theater in einer Kabine eine große Anzahl von Notenstücken, die eines Tages spurlos verschwunden waren. Der Verdacht, die Noten gestohlen zu haben, wurde gegen den einen der beiden Angeklagten rege und dieser wurde verantwortlich vernommen. Am Tage nach der Vernehmung dieses Angeklagten, welcher in seinem Hauptberuf Konzeptionsdiener ist, wurde aus der Spree ein großes Paket herausgefischt, bei dessen Oeffnung sich ergab, daß es einen Theil der verschundenen Noten enthielt. Fast gleichzeitig traf bei dem Beklagneten ein anderes Paket mit einigen Noten und einem Begleitschreiben des zweiten Angeklagten ein, in welchem derselbe mittheilte, daß er diese Noten ebenfalls aus Versehen mitgenommen

habe und sie seinem Besitzer wieder zustelle. Die in der Spree vorgefundenen Placen befanden sich in einer Hülle von Alttendel-Papier wie es nachgewiesener Massen der Kautschukfabrik in Besitz gehabt hatte. Dieser wurde deshalb des Diebstahls angeklagt, mit ihm hatte aber auch sein Kollege vor dem Schöffengericht zu erscheinen, da die Staatsanwaltschaft an das "Verdienen" desselben nicht glaubte. Die Verhandlung erregte unter den Orchestermitgliedern des Belle-Alliance-Theaters lebhaftes Interesse; ein Teil von ihnen wurde als Zeugen vernommen, andere wohnten der Verhandlung im Zuschauerraum bei. Die Beweisaufnahme ergab, daß der erste Angeklagte alte Alttendel auch im Theaterraum verwahrt und es konnte nicht festgestellt werden, auf welche Weise die Notenscheine in die Spree gekommen sind. Die beiden Angeklagten wurden, weil die Sache nicht aufgeklärt erschien, freigesprochen.

Wer begnadigt wird. Der Fabrikant de la Croix aus Schöneberg, der zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt war, weil er den Dr. med. Köder im Duell getödtet hatte, ist jetzt, nachdem er einige Monate auf der Festung Glatz zugebracht hat, einer Gerichtsentscheidung zufolge vom Kaiser begnadigt worden.

Vom Reichs-Vericherungsamte. Beim Butten erlitt die im Interesse ihres Schwiegerjohns thätige Altfigerin Becker einen Unfall in der Weise, daß sie sich mit dem Stiel, den sie dazu benutzte, ins Auge stieß und infolge dessen die Sehkraft verlor. Die Ostpreussische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft wies sie mit ihrem Rentenanspruch ab. Ebenso das Schiedsgericht in Memel, welches die Ansicht der ersteren theilte, daß die Butter nur für den Hausbedarf bestimmt gewesen sei und daß der Schwiegerjohn der Frau Becker vorwiegend Fischer und nur nebenbei Landwirth sei. Diese selbst legte Rekurs beim Reichs-Vericherungsamte ein. Sie betonte, ihr Schwiegerjohn sei hauptsächlich Landwirth und die geerntete Butter ein Produkt der Milch seiner Kühe. Das Reichs-Vericherungsamte war anderer Meinung wie die Vorinstanz. Es verurtheilte die Berufsgenossenschaft zur Zahlung einer Rente, weil Frau B. im landwirtschaftlichen Betriebe des Schwiegerjohns den Unfall erlitten habe.

Verksammlungen.

Für die Genossen des 1. Wahlkreises tagte am 6. November eine gutbesuchte Parteiversammlung bei Ködlig, um die Berichterstattung der zum Frankfurter Parteitag ersendeten Delegirten entgegenzunehmen. Vorweg fand die spezialisirte Jahresrechnung durch Genossen Felgentreff statt. Die Bilanz ergab eine Gesamteinnahme von: 1421,75 M., eine Gesamtausgabe von 1286,95 M. und somit einen Bestand von 134,80 M. Nach Spezialisirung der kleineren Ausgaben erklärte Genosse Lätzerow, daß deshalb in diesem Jahre eine verhältnismäßig geringe Summe an die Zentralkasse abgeführt werden konnte, weil einmal die Genossen durch die verschiedenen Sammlungen sehr in Anspruch genommen waren, dann aber auch die agitatorische Bearbeitung einer bis dato noch wenig berücksichtigten Gegend des ungemein ungünstig liegenden ersten Kreises viele Mittel beanspruchte. Den Vertrauensleuten wurde einstimmig Decharge ertheilt.

Hierauf wurde der Genosse Lätzerow als erster Vertrauensmann wiedergewählt; als zweiten Vertrauensmann wählte man den Genossen Felgentreff, in die Proskommission den Genossen Timm wieder, als dessen Stellvertreter den Genossen Soyka. Vor der Wahl der Lokalkommission gab Genosse Dalfte einen kurzen Ueberblick über die Lokalkassenverhältnisse; darnach betrug die Einnahme, einschließlich eines Bestandes von 890 M. = 257,48 M., der eine Ausgabe von 204,65 M. gegenüberstand, somit ein Bestand von 52,83 M. zu verzeichnen bleibt. In die Lokalkommission wählte man die Genossen Platz und Halfter mit der Bestimmung, daß die alte Lokalkommission während der Dauer des Boykotts ebenfalls in Funktion bleibt. Die Wahl eines Mitgliedes für die Brandenburgische Kommission fiel auf den Genossen Gerisch und Genossen Dfzard als dessen Stellvertreter. Aus der Wahl der Revisoren gingen die Genossen Sommer, Kengel und Rehmann hervor. Nach Erledigung dieser Punkte erfolgte die Berichterstattung vom Parteitage durch Genossen Timm. Der zweite Delegirte, Genosse Meyner, war abwesend, auf einer Agitationstour im zweiten Anhaltischen Kreise. Der Redner giebt nun ein überschüssiges Bild von den Verhandlungen auf dem Parteitag. Zuerst wendet er sich den Anträgen bezüglich der Parteigehälter zu. Die Gegner hätten hieraus wie natürlich stets eine bestimmte Spaltung herausgesehen. Daß man jedoch noch seiner Richtung hin ein Mißtrauen hege, beweise die fast einstimmige Wahl der Parteileitung. Ebenso, wie jeder Gewerkschaftskongress die Gehälter seiner Beamten regel, könne sehr wohl der Parteitag die Gehälter der Parteibeamten bestimmen und eine gewisse Grenze darin festsetzen. Die Kritik sei notwendig gewesen. Redner bespricht hierauf den Antrag betreffend die bayerische Angelegenheit. Hierzu habe Grillenberger's Billigung der Vollmar'schen Taktik allgemein unangenehm berührt. Nach allen Auseinandersetzungen konnte der Parteitag nicht zu der Ueberzeugung gelangen, daß eine derartige Taktik zur Gewinnung der Bauern notwendig sei. Zur badischen Angelegenheit ist nach Klarstellung der ganzen Sachlage anzunehmen, daß man sich in dortiger Gegend über die Aufgaben der Sozialdemokratie nicht recht klar ist. Stigmüller ist nicht fähig, das ihm von den Genossen übertragene Landtagsmandat auszuführen. Die Besprechung der beiden Referate über Agrar- und Truffrage sei notwendig ausführlicher zu gestalten, er schlage deshalb vor, beide Referate zu Gegenständen der nächsten Wahlvereins-Verfassungen zu machen. Ferner prägnant der Referent seine Stellung, die er zu den übrigen Anträgen eingenommen hat, in einem kurzen Resümee, um der Diskussion weitesten Spielraum zu lassen. Genosse Ködlig hat gegen die Haltung der Delegirten nichts einzuwenden, wendet sich aber energisch dagegen, daß das Gelehrtenproletariat die Vertretung auf dem Parteitag zum größten Theil in Händen hat, dadurch gebe ein Teil proletarische Bewegung verloren, gehe das so weiter, werde sich hier wie in jeder anderen Partei eine privilegierte Klasse herausbilden. Ferner bemerkt er, daß die Verlegung des Parteitag zwischen Weihnachten und Neujahr unter so wichtigen Gründen abgelehnt worden ist. Lätzerow erklärt, daß bei der "Fabrikation" der Anträge betreffend die Parteigehälter absolut keine persönlichen Motive zu Grunde lagen, sie wurden lediglich im Partei-Interesse gestellt. Die Anregung dieser Frage hat ein gutes Resultat erzielt, welches trotz der Ablehnung der diesbezüglichen Anträge dennoch seinen Zweck nicht verfehlt hat. Betreffend der bayerischen Angelegenheit will er Grillenberger bei seiner Anwesenheit in Berlin ersuchen, hier einen bayerischen Vortrag zu halten. Die bei uns thätigen Akademiker betrachtet er wohl als vollberechtigte Genossen; doch giebt es Leute, die es verstehen, stets ein Mandat zum Parteitag zu erhalten, auch solche, die auf eigene Kosten auf dem Parteitag anwesend sind. Geht das so weiter, werden derartige Mandate für ungültig erklärt werden müssen. — Gerisch, der an der Berichterstattung Timm's wenig auszusagen hat, stellt in der Vörracher Kirchbau-Angelegenheit fest, daß Stigmüller nur die bereits bewilligten 40000 M. für die Gemeinde Vörrach reklamirt hat. Was die gegen die Akademiker erhobenen Vorwürfe anbelange, so müsse jeder, der ordnungsgemäß zum Parteitag gewählt sei, als vollberechtigt anerkannt werden, ganz gleichgültig, ob er dem Arbeiter- oder Gelehrtenstande angehöre. Ganz falsch sei es, wenn man annehme, daß ein zwischen Weihnachten und Neujahr abzuholender Parteitag wesentlich anders zusammengesetzt sein werde, als die nach dem bisherigen Gebrauch im Herbst abgehaltenen Parteitage. Mit dem Vorschlage Timm's, die Agrarfrage zu Gegenständen der Verhandlung der Wahlvereine zu

machen, könne man sich einverstanden erklären, weil dann eine gründliche Besprechung dieser hochwichtigen Materie ermöglicht sei. Lätzerow behauptet, daß, wenn die Berliner Genossen darauf kommen, derartige Anträge, wie jene zur Gehaltsfrage zu stellen, sie auch gute Gründe dazu haben; er will den Akademikern keine niederen Motive unterstellen, nur erblickt er eine Gefahr in der Art, wie sie Mandate erwerben. Gegenüber einer Aeußerung Lätzerow's erklärt Gerisch, daß es der Parteivorstand an Rathschlägen bei Gründungen von Genossen und dergleichen nicht fehlen lasse; meistens kommen die Genossen aber erst dann, wenn sie finanziell nicht mehr weiter können. Felgentreff behauptet, daß Akademiker meistens nur zu uns kommen, wenn sie keine andere Existenz haben. Aus der gesammelten Diskussion sprach vollkommenes Einverständnis der Genossen mit der Haltung der Delegirten auf dem Parteitag voraus. Nach kurzem Schlußwort Timm's gab Polih bekannt, daß am Mittwoch, den 14. d. M., eine öffentliche Versammlung bei Reichmüller in der Alten Jakobstraße stattfindet.

Die Parteiversammlung für den 2. Wahlkreis fand bei Jubel statt. Genosse Werner berichtete über die Thätigkeit der Vertrauenspersonen und gab sodann die Abrechnungen. Danach betrug der Ueberschuss vom Parteitag 499,20 M. und wurde durch die Sammlung gelegentlich der Kommunalwahlen ein solcher von 189,16 M. erzielt. Die Jahresabrechnung (November 1893 bis einschließlich Oktober 1894) weist eine Einnahme von 3776,31 M. und eine gleich hohe Ausgabe auf. In der Ausgabe sind 2656,55 M. enthalten, welche Summe der Kreis dem Parteifonds überweist. Ein Antrag der Genossen Gröfzenberg, den 2. Wahlkreis in zwei Bezirke zu theilen und für jeden Theil eine Vertrauensperson, sowie einen Stellvertreter derselben zu wählen, wurde abgelehnt. Tagesneu besaß, zwei Vertrauenspersonen zu wählen, von denen eine im Süden, die andere im Westen wohnt. Gewählt wurden Werner (Westen) und Schlichting (Süden). — Ueber die Wirksamkeit der Proskommission berichteten kurz die Genossen Knäuper und Gruschke. In die Proskommission delegirte die Versammlung die Genossen Silberschmidt und Neustegerling. In die Lokalkommission wurden, nachdem Genosse Ködlig über die Thätigkeit derselben Bericht erstattet hatte, die Genossen Kaufmann und Koblenzer gewählt. In der Agitationskommission vertritt Genosse Antrich auf neue die Genossen des 2. Wahlkreises. — Genosse Werner berichtete über die Verhandlungen des Parteitag und über seine Stellungnahme zu den wichtigsten Anträgen. Für den Antrag aus dem 1. Berliner Kreise, das Maximum der Parteibeamten-Gehälter auf 8000 M. festzusetzen, hätte er aus verschiedenen Gründen nicht stimmen können, schon deshalb nicht, weil seine Annahme für die Höhe des Verdienstes der fraglichen Genossen doch keine Garantie bieten würde. Ihre Nebeneinnahmen ließen sich nicht kontrolliren. Bei Abfassung des Antrags, den "Vorwärts" zu verbilligen, habe er sich der Stimmabgabe enthalten, da er sich keinen Nutzen davon verprochen habe. Redner bedauert das Amendement Stadthagen zu dem Bebel'schen Antrage, die bayerische Angelegenheit betreffend. Ohne das Amendement wäre nach seiner Auffassung der Antrag Bebel und Genossen von der Majorität sicher abgelehnt worden. Stadthagen habe mit seinem Amendement den Ausgang der wichtigen Angelegenheit verfehlt. Nach einigen allgemeinen Betrachtungen schloß Werner mit dem Wunsch, die Genossen möchten nicht, wie es z. B. in Schöneberg geschehen sei, in einer die Partei schädigenden Weise gegen die Beschlüsse des Parteitag agitiren. Als erster Diskussionsredner sprach Genosse Woffe, welcher dem Genossen Quark die Qualifikation absprach, das wichtige Vertrauensamt eines Mitgliedes der sozialdemokratischen Agrarkommission zu bekleiden. Grund: Quark hat in einer Versammlung eine andere Ansicht ausgesprochen, wie sie Redner über eine Frage der Agitation besitzt. (Wohr war wenigstens aus den Ausführungen nicht zu entnehmen. Der Berichterstatter.) — Genosse Schöpflin hält die Beschlüsse des Parteitag, die Gehälter angehend, für gut. Daß die Vörracher Stigmüller in den Landtag gewählt haben, sei ein sehr großer Fehler. Müdt hätte sich durch sein Verhalten selbst gezeichnet. Bebel's, gegen Vollmar gerichtete Worte vom Bauernfang bezeichnet Redner als sehr richtig. Man brauche sich bloß im badischen Schwarzwalde umzusehen, um heraus zu finden, daß man den sephastigen Bauern nicht bekommen könne. Mit der Abkündigung in Sachen der Bayern sei er ganz zufrieden. Er wolle, daß Vollmar, der ehrlich und geschickt sei, sich zu anderen Ansichten als seinen momentanen belehre. Antrich kritisiert den partikularen Ton, welchen die Bayern annehmen. Die Resolution Schoenlant-Vollmar auch in ihrer revidirten Form enthalte den reinen Staatssozialismus. — Nicht an die Bauern möge man sich wenden, sondern an die Landarbeiter. — Auf Antrag Bebel's, der eine gründliche Aussprache seinerseits in Aussicht stellte, wurde um 12 1/2 Uhr die Versammlung bis zu einem noch zu bestimmenden Tage der nächsten Woche vertagt.

Die Parteiversammlung für den dritten Wahlkreis, welche im "Louisenstädtischen Konzerthaus" stattfand, war äußerst zahlreich besucht. Zunächst ehrten die Anwesenden das Andenken des verstorbenen Genossen Wilhelm Schulze in der üblichen Weise. Der vom Vertrauensmann Friz verlesene Jahresbericht ergab folgendes: Mit dem Bestand des Vorjahres im Betrage von 421,59 M. beließen sich die Einnahmen auf 3908,74 M. Abzüglich der Ausgaben für Drucksachen, Agitation, der Ueberweisung an den Parteifonds u. in der Gesamtsumme von 2571,35 M. verblieb ein Bestand von 335,99 M. Die Wahl der Vertrauensperson fiel wiederum auf den Genossen Friz; zu seinem Stellvertreter wurde Georgi bestimmt. — Aus der Wahl zu Mitgliedern der Proskommission gingen Hoch und Polih hervor. — Bei Punkt: "Bericht der Lokalkommission" verweist Ködlig auf die durch den Bierboykott und die Saalperrre hervorgerufenen erhöhte Arbeitsleistung derselben; da der "Vorwärts" ausführlich über den Gang der Dinge berichtet, erübrige sich, darauf einzugehen. Die Abrechnung der Lokalkommission weist auf eine Einnahme von 257,48 M., eine Ausgabe von 204,65 M., mitbin verbleibt ein Bestand von 52,83 M. Das Ersuchen, die Neuwahl der Lokalkommissions-Mitglieder bis zur Beendigung des Boykotts hinauszuschieben, fand ohne jede Diskussion die Zustimmung der Versammlung. Der Bericht der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg wurde durch den auf der Parteikonferenz für die Provinz Brandenburg erstatteten als erledigt betrachtet. An Stelle des Genossen Chert, der schon vor einigen Monaten sein Mandat niedergelegt hatte, wurde Dimmich gewählt. — Nach Wahl der Genossen Kahlen, Kräcker und Alboldt zu Revisoren des Vertrauensmannes wurde in die Berichterstattung über den Parteitag zu Frankfurt a. M. eingetreten. Ferner berichtete über den 1., 2. und 3. Punkt der Tagesordnung des Parteitag. Bei der "Gehaltsfrage" habe er offen und frei, wie es Männern gezieme, seine Meinung ausgesprochen. Die Mißstimmung der Genossen über das Bezahlen zu hoher Gehälter zeige sich am besten am Rückgang der Parteibeiträge. Die Berliner Delegirten haben ihrem Auftrage gemäß gestimmt, daß sie in der Minorität blieben, lag zum größten Theil an der schon oft gerügten Zusammensetzung des Parteitag aus Schriftstellern und Parteibeamten. Er habe betont, die Opposition in diesen Fragen werde nicht eher verschwinden, bis man den Wünschen der Genossen Rechnung trägt. — In der Agrarfrage habe Schoenlant, der darüber sehr gut unterrichtet sei, dieselbe aber mehr theoretisch behandelte, den Weisfall fast aller Delegirten gefunden. Vollmar habe sich auf das Praktische beschränkt und ebenfalls bewiesen, daß er reichliche Erfahrungen darin besitze. Zuletzt ging Fabn noch auf den Quark und ihm gestellten Antrag ein, das Wahlrecht zum Gewerbergericht auch für die Frauen zu gewähren, und schloß seinen Bericht mit dem Ausdruck der Ueberzeugung, seine Schuldigkeit in derselben Lage

wie die übrigen Delegirten gethan zu haben. (Beifall.) — Georgi übernahm es, der Versammlung die Verhandlung über die Thätigkeit der Fraktion im Reichstage, sowie die badische und bayerische Angelegenheit vor Augen zu führen. Ueber die Punkte: "Maifeier", "Truff", "Ringe und Kartelle", "Anträge zum Programm", zur Organisation, zur Presse u." berichtete Genosse Böttner. Letztere Anträge hätten bis auf einige wenige auf dem Parteitag keine Gegenliebe gefunden. (Zuruf: Bedauerlich.) — Die Diskussion zog sich bis nach Mitternacht hin. Kräcker erklärte sich mit den Delegirten, nicht aber mit allen Beschlüssen des Parteitag einverstanden, besonders bemängelte er die Ablehnung der Verlegung des Parteitag und die Erledigung der Gehaltsfrage. Wintre befand sich in der Gehaltsfrage nicht auf dem Standpunkt Kräcker's, wenngleich auch er der Meinung war, Auer solle ein Amt abgeben. Großes Gelächter erregte seine Aeußerung: Böttner habe in der Frage der Maifeier nur die Interessen der Buchdrucker vertreten, die, wie der Antrag Sonnenburg's ebenfalls bewiese, seit dem letzten verunglückten Streik eifrig bestrebt sind, in Parteidruckereien ihren Vorthiel zu finden. Zur "Gehaltsfrage" äußerten sich die weiteren Tschernig, Kahler und Franck. Letzterer warf die Frage auf, ob es nicht angebracht erscheine, die Gelder des Kreises nicht mehr dem Parteivorstand zu überweisen, sondern im Kreise selbst zu verwalten. Die Bayern haben das Programm durchbrochen, in Frankfurt legte die Prinzipienlosigkeit über das Programm. Vollmar war es, der in der badischen Angelegenheit goldene Brücken baute. In ebenfalls abschließender Weise äußerten sich Mausolf und Friz zur "Gehaltsfrage". Wenn nicht der nächste Parteitag in der Sache ein erstes Wort rede, gehen die Gehälter der Redakteure u. s. w. schließlich ins Unendliche. Ebenso hält Friz die Diäten der Reichstags-Abgeordneten, welche bezahlte Parteibeamte sind, für zu hoch. Den Frauen der Ausgewiesenen gab man 6-8 M. wöchentlich, dem Redakteur, weit vom Schuß befindlich 8000 M., das sei unerhört. Erfreulich sei es für ihn gewesen, daß Stadthagen die Anträge betreffend der Gesetzesmacherei in der Fraktion bekämpft habe, um so bedauerlicher sei es aber, daß er in der bayerischen Angelegenheit die Resolution Bebel, Auer und Genossen durch sein Amendement so verunstaltete. In der badischen Angelegenheit nannte Friz, der als Badenfer die dortigen Verhältnisse zu kennen glaubt, nicht Stigmüller, sondern Wedner als den Schärer der Uneinigkeiten. Schließlich drückte der Redner seine Befriedigung darüber aus, daß die Frauen selbst es waren, welche wieder verlangten und durchsetzten, eigene Delegirte zu den Parteitag in ihren Versammlungen wählen zu dürfen. Genosse Pöhsch ergriff hierauf das Wort, um das Verhalten des Parteivorstandes in der Gehaltsfrage der Parteibeamten, Schriftsteller und Redakteure zu erläutern resp. zu begründen. Die vielen Zwischenrufe aus der sehr unruhig werdenden Versammlung bewiesen jedoch, daß es ihm nicht gelang, die darin vorgefaßte Meinung umzusetzen. Ein Schlußantrag fand Annahme. Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen wurde folgende Resolution von der bereits stark gelichteten Versammlung einstimmig gutgeheißen: "Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen und der Haltung der Delegirten des dritten Kreises auf dem Parteitag, nicht aber mit allen Beschlüssen des Parteitag einverstanden. Sie sügt sich zwar denselben, verpflichtet aber ein wachsames Auge über alle Vorkommnisse innerhalb der Partei zu halten und einzelne abgelehnte Anträge auf dem nächsten Parteitag wieder einzubringen."

Im vierten Wahlkreise tagte die Parteiversammlung in Friedlitz's großem Saale. Aus den Berichten der Vertrauensmänner Wengels, Bolze, Mattutat und Schulz ging hervor, daß dieselben im Osten des Kreises 10564,84 M., im Südosten 10384,24 M. vereinnahmt haben, wovon zur Zeit in den Händen der Vertrauensleute noch die Bestände von 286,69 M. im Osten und 820,32 M. im Südosten sind. Auf Antrag der Revisoren erhielten die Genossen Decharge. Gewählt wurden die Genossen Bolze und Baumgarten für den Osten, Mattutat und Franz Schulz für den Südosten; Thiele und Baier als Mitglieder der Proskommission; Schneider und Streit als Mitglieder der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg. Die Lokalkommission wurde, um in der Durchführung des Boykotts nicht Schwierigkeiten hervorzurufen, in ihrer bisherigen Zusammensetzung belassen, sodas die Delegirten des vierten Wahlkreises darin die Genossen Johann Otto, Louis Jale, Scholz, Gesehe und (für Treptow) Jechel sind, wozu noch für die Dauer des Boykotts die früher gewählten Berichterstattung der Lokalkommission hinzutreten. In seinem kurzen Bericht über die Thätigkeit der Lokalkommission hatte Genosse Scholz betont, daß dieselbe nur geringe Ausgaben gemacht hat. Ueber die Verhandlungen des Parteitag berichteten die Genossen Mattutat und Wille, die beide ausführten, daß die Hoffnungen der Gegner auf Spaltung unserer Partei zu Schanden geworden sind. Die Diskussion über die streitigen Punkte habe Klärung geschaffen und damit die Partei gefördert. Bezüglich der Landagitation bemerkte Wille, daß, wenn auch die Berliner auf dem Parteitag verschrien wurden, so seien doch zwei Drittel bis vier Fünftel der Berliner Landagitatoren auf dem Lande aufgewachsen und kennen die Verhältnisse des Landarbeiters in Brandenburg ebenso gut, wie die Bauern die ihrer Hopfenbauern. Die Hauptsache sei, daß die Angelegenheit in Frankfurt besprochen worden und daß einer Kommission die weiteren Arbeiten überwiesen sind. Der dritte Delegirte, Genosse Schulze, dessen Referat bereits von dem beiden Vorrednern übernommen war, beschränkte sich darauf, die auf dem Parteitag beobachteten "Verschleierungsgelüste", namentlich das Verhalten des Genossen Stadthagen zu verdammten. Genosse Gadegast tabelte, daß Grillenberger sich auf dem Parteitag so hochmüthig gestellt. Er bezeichnete es ferner für notwendig, daß diejenigen Parteigenossen, welche Stadtverordnete, Landtags-Abgeordnete, Reichstags-Abgeordnete sind, sich mehr in den Versammlungen bewegen, damit sie die Fühlung mit den Massen nicht verlieren. Müdt's Austritt aus der Partei bedauerte Redner, die Versammlung gab ihm aber durch ein "Oho!" sofort zu erkennen, daß sie anderer Meinung war. Wengels war auch der Ansicht, daß, wenn Stadthagen sich der Erörterung der bayerischen Frage ferngehalten hätte, daß für die ganze deutsche Sozialdemokratie besser gewesen wäre. Sattler hält es gar angesichts der Frankfurter Verhandlungen für nöthig, die Genossen aufzufordern, auf der Wacht zu sein, daß "nicht noch weiter nach rechts gegangen werde". Gegenüber dem Bestreben, unter allen Umständen die Stimmen der Bauern zu fangen, müsse betont werden, daß wir den Massengegenfakt mit aller Schärfe hervorzuheben haben. Bedauerlich sei daher, daß Stadthagen sich dazu hergegeben, eine Nothbrücke zu bauen, und nicht weniger, daß Vollmar ähnliches beim Fall Stigmüller that. Das Zugeständnißmessen (sichere Fortschritte in der Partei gemacht zu haben und man könnte fast wünschen, daß die Reaktion mit aller Macht über uns hereinbrechen möchte, um diesen Fortgang aufzuhalten. Der Antrag gegen die Neugründung von Parteigesellschaften hätte von dem höheren Gesichtspunkte aus betrachtet werden sollen, daß man mit solchen Neugründungen Leute schaffe, die ein Interesse haben, die gegenwärtige Gesellschaftsordnung zu erhalten; von diesem Gesichtspunkte aus hätte man auch die Gehaltsfrage erörtern sollen. Redner hält "den Miß wegen der bayerischen Abstimmung" nur für verflüchtigt. Er schließt seine Ausführungen mit der Mahnung, Alles zu verabsäumen, was uns zu Kompromissen mit der gegenwärtigen Gesellschaft bringen kann. Gen. Singer hält dem entgegen: Die Thatsache, daß der Parteitag die Resolution Vollmar, welche die Abstimmung der bayerischen Landtags-Abgeordneten als gerechtfertigt bezeichnen sollte, mit Zweidrittel-Majorität abgelehnt hat, zeige deutlich genug, daß das Prinzip streng gewahrt worden ist. Der alte revolutionäre Standpunkt der Partei ist auch in Frankfurt nicht verlassen worden, das zeigen die Beschlüsse. Daher sei zu einer Mahnung, wie sie der Vorredner ausgesprochen, kein Anlaß vorhanden. Die Gehaltsfrage sei freilich keine prinzipielle, bei ihr solle man neben

2. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 261.

Donnerstag, den 8. November 1894.

11. Jahrg.

Der neue italienische Bund zur Vertheidigung der Freiheit.

Mailand, den 8. November.

Die letzte ungeheuerliche Gewaltthat Crispi's, die Anlösung aller sozialistischen und zugleich der meisten bürgerlich-radikalen und republikanischen Organisationen hat in buchstäblicher Wahrheit ganz Italien ausgerüttelt. Der vergiftende Sumpfschleim der Gleichgültigkeit, des stumpfsinnigen Schwergewichts ist wie durch einen Wirbelwindstoss von dem Lande genommen, und was in Italien noch eine Spur von Denkfähigkeit und Freiheitsliebe besitzt, beginnt sich zu fragen: Wie war es nur möglich, daß wir uns dieses Wälzens eines Wahnsinnigen bisher haben gefallen lassen?

Mailand hat den Ruhm, wie es zuerst und allein von allen Städten Italiens Crispi's Komödiantenart durch öffentliche Aufweisung gewürdigt hat, so zu diesem Empörungsschritt des nationalen Gewissens gegen den Verächter aller Grundsätze von Menschlichkeit und Freiheit den ersten Anstoß und Anstoß gegeben zu haben. Es hat sich, wie bereits im „Vorwärts“ mitgeteilt wurde, ein Bund zur Vertheidigung der Freiheit gebildet, zu dessen Mitgliedern alle bürgerlich-radikalen Demokraten, alle Republikaner und alle bisher organisierten Sozialisten gehören. Jeder dem Bunde Beitretende übernimmt unbeschadet seiner bisherigen Parteistellung die Pflicht, die Grundelemente des freiheitlichen Wirkens und Lebens, die persönliche Sicherheit, die Versammlungsfreiheit, die Freiheit des Wortes und der Schrift gegen die heute herrschende Unterdrückung und Vernichtungswuth mit allen Mitteln und mit dem ganzen Einsatz seiner Kraft zu vertheidigen. Seit vor acht Tagen diese Grundzüge des neuen Bundes unter dem unmittelbaren Eindruck des höchstbarbarischen Crispi's zuerst verkündet wurden, floß ein unaufhaltbarer Strom von Zustimmungserklärungen zugleich mit Verwünschungen des Crispi'schen Schandregiments von Nord und Süd, aus allen Theilen Italiens, nach Mailand. In dreißigtausend wurden bisher die öffentlichen Beitrittserklärungen zu diesem Bunde zur Vertheidigung der Freiheit gezählt. Und die besten Namen waren darunter, wie der alte Demokrat und Märtyrer von 1848 Gabriele Rosa, alle bekannten Abgeordneten der äußersten Linken, wie Bovio, Cavallotti, Colajanni und alle bekannten Sozialisten, wie Ferri, Agnini, Costa, De Amicis, Turati — ja viele, die erst durch den letzten Streich Crispi's zu Sozialisten geworden sind und dies öffentlich erklären.

Gestern fand die öffentliche Konstituierung des neuen Bundes statt, und der Gedanke, der so unmittelbar den aufgeregten Gemüthern und dem verletzten Freiheitsgefühl entsprang, erhielt durch das glänzende Gelingen der unternommenen That seine Weihe und Bekräftigung. — In dem weiten Saal des Museo civico, das in den prächtigen giardini pubblici (den öffentlichen Gärten) Mailands gelegen ist, hatten sich seit Mittag viele Tausende der Beitretenden, Arbeiter wie Bürger, eingefunden. Der riesenhafte Saal war bald vollständig gefüllt und um 2 Uhr standen Tausende, die keinen Platz mehr finden konnten, dicht gedrängt in den Korridoren und auf den Treppen bis hinauf in den Garten.

G. C. Viani, der bekannte Sozialist und Stadtverordneter von Mailand, eröffnete um 2 Uhr die Versammlung mit dem Vorschlag, einen Präsidenten zu wählen. Es war ein großer Augenblick, als darauf einstimmig aus der Versammlung, die zu einem so großen Theil aus Bürgern bestand, nur ein Name erschallt, der Name eines einfachen Arbeiters, Giuseppe Zavatari, der, von warmem Beifall begrüßt, den Präsidentenstuhl einnimmt. Er sprach mit weithin tönender Stimme zur Begrüßung folgendes:

„Ich hätte gewünscht, daß Ihr zu diesem Posten eine fähigere Person erhoben hättet. Aber wenn Ihr mich gewählt habt, eben weil ich ein Arbeiter bin, so danke ich allen denen, die mich an diese Stelle berufen, weil es die Arbeiter Italiens sind, die durch die jüngsten Gewaltthaten der Reaktion am meisten getroffen werden.“ (Stürmischer Beifall.)

Nachdem hierauf unter erneuertem Beifall die Liste von siebzehn italienischen Städten verlesen war, in denen sich Zweigvereine des Bundes zum Schutze der Freiheit bereits gebildet haben oder zu bilden im Begriff sind, eröffnete der Abgeordnete Cavallotti die Verhandlungen feurig und eindrucksvoll: „Wer hätte vor einem Monat geglaubt, dieses Schauspiel zu erleben, das und die heutige Versammlung darbietet, die Vereinigung so vieler Tausender, die dahin getrennter Gemüther in dem einen Gedanken, die Freiheit gegen Gewaltthaten zu vertheidigen. Fast kommt mir die Lust an, Euch zuzurufen: vergeht dem Urheber dieser Gewaltthaten; er hat ja diese herrliche Wirkung hervorgebracht.“ (Weiterer Beifall.)

„In Wahrheit hat Crispi, da er in dem Wahnsinn seiner Willkür so weit ging, Feuer an die Häuser zu legen, alle diejenigen aus dem Schlafe ausgerüttelt, die ihr Leben zu reiten, d. h. in Freiheit zu atmen, entschlossen sind. Bewegt komme ich heute in meine Vaterstadt zurück und bin von Freude erfüllt zu sehen, daß sie zuerst das Banner der Freiheit wieder erhob, das ich von Kindheit an unverändert geliebt habe. Denn es ist schimpflich und traurig für den, der der Freiheit gedient hat, sich selbst zu überleben und in den Organen der Gewaltthat seine eigene Vergangenheit zu verleugnen und seinen Namen zu bestreiten.“ (Großer Beifall. Aufe: Crispi!) Für dieses Banner, das uns ein, kämpfen wir heute; ist die Schlacht vorüber, so nehme jeder wieder Stellung in der Einzelpartei, der er angehört und von deren Grundgrößen er auch nicht einen einzigen durch seine Stellungnahme in diesem Bund aufzugeben braucht. (Lebhafter Beifall.) Wollen wir uns die Worte ins Gedächtnis rufen, die der edle Garibaldi vor zwanzig Jahren in der Kammer ausrief: gegen Gewaltthaten sich zu empören, ist nicht nur ein Recht, sondern eine heilige Pflicht; denn es ist eine Halbding, die man der Gerechtigkeit vorbringt.“ (Lebhaftester Beifall.)

Nachdem der Sozialist Ingenieur Taroni und der Mailänder Abgeordnete der Linken Mussi in demselben Gedankenweg (Vereinigung in dem Bunde mit Vorbehalt der vollen Aufrechterhaltung der Grundzüge der Einzelparteien) gesprochen, ergriff das Wort Filippo Turati: „Noch schallen in meinen Ohren die Stimmen der beglückten Organe des Crispi'schen Regiments, die in schlechtergehörter Angst spöttisch heute erklären, daß dieser Bund der verschiedenen Parteien der Linken ein unnatürlicher sei. Wer der heutigen Versammlung beiwohnt, wird die Ueberzeugung gewinnen, daß dieser Bund auf natürlicher, fester Grundlage ruht. Denn wir treten in den Bund ein mit voller Aufrechterhaltung unserer Grundzüge als überzeugte Sozialisten. Die Kämpfe, die wir bisher als Sozialisten gegen alle anderen Parteien geführt haben, haben uns erst fähig gemacht, heute als Gleiche mit Gleichen, mit den verwandten Parteien diesen Bund zu schließen. Dieses arme Land Italien war immer ein erobertes Land: einmal von den Barbaren, dann von den Hunnen, dann von den Deutschen, dann von den Franzosen und Spanien und heute von einer Handvoll Parasiten und Großgrundbesitzern, von den Sklavenhaltern und Wucherern, die sich zur Regierung drängen und uns durch Gewalt erdrücken wollen und die, ob man sie auch unseres Blutes

nennt, mehr verhaßt sind als jeder Fremde. (Großer Beifall.) Die Freiheit, zu deren Schutze dieser Bund gegründet ist, ist die Lebensluft, in der wir Sozialisten atmen. Diese Lebensluft mit allen Mitteln uns zu bewahren, ist die erste Forderung unseres Programms, die erste Voraussetzung unserer Thätigkeit als Sozialisten. Und deshalb ist dieser Bund, der sich darauf beschränkt, diese Bedingung festzuhalten, ein natürlicher Bund, eine notwendige und vernünftige Vereinigung; er ist ja entstanden aus dem Herzen und Gefühl des Volkes heraus mit der Unmittelbarkeit und Nothwendigkeit eines Naturphänomens. Wie lange der Bund dauern wird? So lange, bis alle die elementaren Freiheiten, die heute aus äußerster Bedrohung oder schon verloren, wieder erobert und als ein unüberhörbares Erbeithel des italienischen Volkes anerkannt sind. Wenn heute eine glückliche Wendung unserer parlamentarischen Entwicklung Zanardelli, oder den Abgeordneten Mussi, oder aber Herrn Cavallotti zur Regierung berufe — und dies wünsche ich von Herzen — (Cavallotti schüttelt den Kopf. Weiterer Beifall) — so möchte und würde er selbst froh sein, daß eine so starke Freiheitsförderung befehle, wie sie von diesem Bunde ausgehen wird, die ihn stützen muß gegen alle bösen Eingebungen, welche, wie es scheint, sich immer und überall an die Herrschaft knüpfen.“ (Großer Beifall.)

Nachdem hierauf noch Brampolini kurze, feurige Worte gesprochen, wurden die Satzungen des neuen Bundes überall fast einstimmig von der Versammlung angenommen. Die Hauptbestimmungen lauten:

1. Ein italienischer Bund zur Vertheidigung der Freiheit ist begründet. Er hat seinen Hauptsitz in Mailand und seine Sektionen in ganz Italien.

2. Mitglied ist jeder, der den Hauptzweck des Bundes annimmt und einen jährlichen Beitrag von 1,20 Frcs. (1 Mark) bezahlt.

3. Hauptzweck des Bundes ist: eine allgemeine Agitation zu entwickeln zur Vertheidigung der Freiheit des Gedankens und der Meinung in Wort und Schrift, der persönlichen Sicherheit, der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit gegen die Willkür, die Nachstellungen und Gewaltthaten der Nachhaber.

Der Bund trägt auch Sorge für die persönliche Vertheidigung aller der Bürger, die durch Verletzung der genannten Freiheiten zu leiden haben.

Die übrigen Bestimmungen beziehen sich auf Organisation und Verwaltung des Bundes.

Vor Schluss der Versammlung wird auf Antrag Cavallotti's dem Arbeiterpräsidenten Zavatari, der mit bewundernswerthem Geschick die bewegten Verhandlungen geleitet hatte, mit Beifall und Händelatschen der Dank der Anwesenden ausgesprochen.

In das Zentralkomitee des Bundes wurden unter anderen gewählt die bekannten Mailänder Sozialisten: Advokat Taroni, Ingenieur Taroni, Cesena, die Arbeiter Zabeo und Zavatari, ferner die Abgeordneten Brampolini, Cavallotti, Bovio (Napel), Caldesi, Colajanni (Catania), Corso (Florenz), Andrea Costa (Ancona), Donato De Amicis (Larin), Garavetti (Abgeordneter von Saraginesu), Luzzatto (Abgeordneter), Marcora (Abgeordneter), Mussi (Abgeordneter).

Zu Sekretären wurden ernannt die Mailänder Sozialisten Dell'Avalle, Ghiesi und die Republikaner Petrami, Vecchia und Mondani.

Versammlungen.

Bei Gröndel in der Brunnensstraße hatten sich die Genossen des V. Wahlkreises versammelt. Der bisherige Vertrauensmann El. Waager gab den Rapport, der eine Gesamtsumme von 1807,02 M., darunter vom Gesangsverein „Freie Liedertafel“ 180,15 M., durch den Verkauf der Waisenscheine 209,10 M. Aufgabem waren im letzten Jahre 1881,75 M., der Laubbau betrug 85,27 M. Nach längerer Diskussion wurden als Vertrauensleute für das laufende Jahr Häbner und Kräger gewählt; als Revisoren bestimmte man Litzmann, Luggler und Roth. Niederauer wurde alsdann in die Prekommission delegirt. Den Genossen Basse und Spät wurde die Vertretung in der Lokalkommission übertragen. Häbner wurde in die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg entsandt. Damit waren die Wahlen erledigt. In seinem Bericht vom Frankfurter Parteitag nahm der Delegirte Häbner das Wort. Der Redner billigt die Beschlüsse des Parteitages im Wesentlichen und ist in der Hauptsache auch mit der Taktik der bayerischen Genossen in der Landtagitation einverstanden; leider sei eine lärmende Antwort auf diese offene Frage nicht erfolgt. Von Adler wurde das Verhalten Dr. Quast's zu der Gewerkschaftsbewegung der Kaufleute scharf kritisiert, während Wels die Gehälterfrage anspricht. Die Verhandlung, meinte der Redner, daß die Akademiker, wenn sie zur Partei kommen, die Brücken hinter sich abbrechen, sei nicht so tragisch zu nehmen; von einem etwaigen großen Verlust könne, da die Lebensbedingungen des stetig wachsenden Gelehrten-Proletariats doch an sich nicht glänzende seien, wohl kaum die Rede sein. Die Berliner Genossen würden auf der Wacht sein, um ein Ueberwachen des Einflusses der Akademikergruppe zu verhindern. Den Delegirten sei der Vorwurf nicht zu erparen, daß sie nicht eine nochmalige Abstimmung in der bayerischen Frage herbeigeführt haben, als sie das eigenthümliche Abstimmungsergebnis vor Augen hatten. Häbner verteidigte die bayerische Taktik, die vollständig korrekt sei. Nur auf diesem Wege hätten sich in dem agrarischen Bayern Erfolge erzielen lassen; eine ähnliche Taktik empfehle sich überall zu befolgen, wo nicht rein industrielle Bevölkerung vorhanden sei. Gegen diese Ansicht wendet sich Ad. Schmidt in energischer Weise. Wollen man nur nach „praktischen“ Erfolgen mit Aufgabe unseres Principes gehen, so sei der 5. Wahlkreis mit seiner kleinbürgerlichen Bevölkerung ein ganz geeigneter Boden für Staatssozialismus. Den bayerischen Strebungen gegenüber sei es Pflicht, heute mehr wie je darauf zu achten, daß unsere Grundzüge ehrlich und rüchellos vertreten werden. Die Bewegung muß proletarisch bleiben, und vor jedem Versuch geschützt werden, sie ins Kleinbürgerthum hinüberzuleiten. Redner bedauert, daß kein bindender Beschluß in dieser Angelegenheit aus dem Parteitage gefaßt ist. Wegen Häbner, der seinen Standpunkt nochmals präzisirt, wendete sich Rogge, indessen Häbner in seinem Schlusswort sich zu Gunsten der bayerischen Auffassung aussprach. — Ein Vertagungsantrag Oertel ging nicht durch und so wurde die Versammlung nach Annahme einer Resolution, welche die Beschlüsse in Frankfurt gutheißt und deren Durchführung beauftragt, nach Mitternacht geschlossen.

Die Parteiversammlung für den 6. Wahlkreis fand unter zahlreicher Theilnahme in Reichert's Salon, Wäckerstr. 7, statt. Es erfolgte zunächst Berichterstattung und Abrechnung der Vertrauenspersonen für die letzten vier Monate und das ganze Jahr. Ueber die Thätigkeit der Vertrauenspersonen berichtete namens dieser Augustin. Von den Revisoren hatte einer auszuscheiden und wurde an dessen Stelle Lachmann (Moabit) gewählt. Die beiden Revisoren Löwenstein und Fischer, sowie die bisherigen Vertrauenspersonen wurden in ihren

Nemtern auf ein weiteres Jahr bestätigt. Es schloß sich hieran die Neuwahl der Prekommission's Mitglieder. Nach längerer Debatte wird auf Antrag Millarg der Schriftsetzer Schmidt und Medaillieur Weisfang er mit diesem Amte betraut. Die Versammlung erklärte sich schließlich mit der Thätigkeit der bisherigen Prekommission's-Mitglieder einverstanden. Angenommen wurde der Antrag Grothmann, sowie der Antrag Millarg, daß es in Zukunft unterbleiben solle, daß im redaktionellen Theile die Anführung einer Exrre erfolgt, während im Inseratentheile das gesperrte Geschäft Arbeiter verlangt. Millarg beantragte fernerhin, daß alle Gewerkschaften in Fällen von Streiks, Sperren u. dgl. dies sofort der Expedition des „Vorwärts“ anzuzeigen haben, um alle unangenehmen Vorkommnisse zu vermeiden. Diefem Antrage stimmte die Versammlung einhellig zu. Namens der Lokalkommission erstatteten Tauschel und G. v. Berid. Die Vertrauenspersonen, Press- und Lokalkommission wurden einstimmig entlassen. Mitglieder der Lokalkommission waren bisher Tauschel, Diehle und Payer (außer den Hilfskräften). Beschlossen wurde eine Bestätigung der Lokalkommission aus vier Mitglieder und wurde für die Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen Lohse gewählt. Tauschel, Diehle und Payer wurden weiterhin bestätigt. Als Mitglied zur Agitationskommission ist Nieß bereit früher gewählt worden. Auf seinen Antrag hin wurde der Stadttheil Gesundbrunnen, welcher bis er zum Wedding gehörte, dem Vertrauensmann der Rosenthaler Vorstadt zur Bearbeitung überwiesen, um die Agitation wirksamer zu gestalten.

Es folgte nunmehr die Berichterstattung der Delegirten zum Parteitage. Delegirt waren Kiesel und Pfarrer. Kiesel besprach zunächst die Gehälterfrage und hob hervor, daß Weibel sich dahin geäußert habe, daß man von den Berlinern gewöhnt sei, daß sie Nahrung machen (Auf: Ist nicht wahr?) Kiesel meinte, daß die Anträge diesen Sinn durchaus nicht hatten, und es durchaus nicht gerechtfertigt war, den Antragstellern in der Weise zu begegnen, wie es geschehen. Redner besprach sodann die Debatte über die parlamentarische Thätigkeit, die gefassten Beschlüsse mittheilend, und ging hierauf zur Angelegenheit der bayerischen und bayerischen Parteigenossen über. Er verurtheilte die Handlungsweise des Dr. Häbner und erklärte sich gleichfalls gegen die besetzte Taktik der bayerischen Genossen und sprach die Hoffnung aus, daß derartige Fehler in Zukunft nicht wieder vorkommen werden. Im Weiteren berichtete Kiesel über die Verhandlungen über die Agrarfrage, die Waisenscheine, die Truists und Ringe und sprach zum Schluß seine Verwunderung aus über die Behandlung der Gehälterfrage in der jüngsten Nummer des „Süddeutschen Postillon“, dieselbe mit Entrüstung zurückweisend. Pfarrer ergänzte den Vortrager in der Berichterstattung und verbreitete sich besonders über den Fall Stegmüller. Er war der Meinung, daß Stegmüller sein Mandat hätte niederlegen müssen. Ferner berichtete er über einzelne angenommene Anträge, welche auch die Zustimmung beider Delegirten gefunden haben. Er brachte u. a. auch seine Meinung dahin zum Ausdruck, daß in Zukunft dafür Sorge getragen werden müsse, daß die Parteitage mehr von Arbeitern und weniger von Akademikern besucht werden. (Sehr richtig!) Eingeklungen war ein Antrag, die Diskussion bis nach Eingeklungen der Protokolle des Parteitages zu vertagen. Dieser Antrag wurde abgelehnt und trat die Versammlung in die Diskussion ein. Erster Redner war Weier, der sich in sehr energischer Weise gegen die Behandlung der Berliner Anträge auf dem Parteitage und gegen den „Süddeutschen Postillon“ wandte. Hierin müsse seiner Meinung nach Remedur geschaffen werden. Die Arbeiter hätten die Augen zu öffnen und nicht den Akademikern, die größtentheils ihren Verstand verlehrt hätten, das Heft in Händen zu lassen, damit sie die Arbeiter terrorisiren. Jeder erkenne eine Seelenverwandtschaft zwischen dem Leitartikel des „Vorwärts“ über den Parteitag und der Schreibweise des „Süddeutschen Postillon“. Die bayerische Angelegenheit betrachtete er nicht als einen taktischen Fehler, sondern als einen prinzipiellen Verstoß gegen die Theorien des Sozialismus und hätte gewünscht, daß dieser Standpunkt auf dem Parteitage mehr hervorgekehrt wäre. Bollmar und Genossen hätten sich seiner Meinung nach auf den Boden der französischen Postillisten gestellt. Der „Brückendauer“ Stadtbogen's verdiene seiner Ansicht nach eine ernsthafte Rüge. Bezüglich der Waistrage war er der Meinung, daß der Versuch gemacht werden solle, wenigstens für eine Gewerkschaft die Arbeitstage am 1. Mai durchzuführen. Bezüglich der Agrarfrage theilt er die Auffassung Kiesel's, daß die Bauern noch lange nicht für den Sozialismus zu gewinnen seien, wohl aber die Landarbeiter. Das Ziel nicht für die Resolution gestimmt hat, hatte seinen Beifall. Millarg hält die Zuschüsse für den „Sozialdemokrat“ für zu hoch. Gegenüber den hohen Unterstufungen, die auch andere Parteiblätter erfordern, seien die Redakteuregehälter einzuschränken. Die Verwendung von Parteigelde zu Saalbauten fand nicht seine Zustimmung. Auch war er nicht ganz der Ansicht Schoenlant's in der Agrarfrage, wie sie in der Resolution niedergelegt sind, die zum Staatssozialismus führen. In Sachen der Solinger Angelegenheit hielt Redner es für angezeigt, daß ein Schlichter tabula rasa gemacht werde. Schließlich empfahl er allen Genossen und Genossinnen gewerkschaftliche Organisation. Käther erblühte in der Schaffung eines sogenannten „Bauernprogramms“ nichts anderes, als was die Parteikonferenz für die Provinz Brandenburg beschloffen habe. Er begrüßte es, daß der Parteitag nach dieser Richtung hin einen energischen Schritt gethan habe. Im weiteren hob er hervor, daß der Antrag des 6. Wahlkreises nur gefaßt sei, daß der Parteitag die Gehälter der Parteibeamten festsetzen solle. Ueber die Höhe derselben sei in dem Antrage nichts enthalten. Man solle nicht fragen, ob jemand Akademiker sei, sondern vielmehr, ob derselbe seine Schuldigkeit in der Partei thue. Den „Süddeutschen Postillon“ nahm er nicht so tragisch, wie die Vortrager und wünschte, denselben das Recht der Kritik gewährt zu wissen. Auch bezüglich der Gehälterfrage stand er nicht auf dem Standpunkte, Jemandem vorzuschreiben zu wollen, so viel darüß Du nur verdienen und nicht mehr, weil Viele noch weniger verdienen. Der geistigen Arbeit gegenüber der physischen ließ er volle Würdigung zu theil werden. Die Zuschüsse für den „Sozialdemokrat“ erregten ihm keine Bedenken. Es bedürfte nur einer größeren Agitation, um denselben mehr Abonnenten zu gewinnen. Bezüglich der bayerischen Angelegenheit war er mit Häbner einverstanden. Die Diskussion wurde hierauf geschlossen.

Es folgten Nichtigstellungen und persönliche Bemerkungen. Gegen 18 Stimmen fand folgende Resolution Annahme: Die heutige Parteiversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden. Dieselbe bewahrt sich vollständig freie Kritik und verspricht, nach besten Kräften dafür zu sorgen, daß die Beschlüsse des Parteitages zur vollen Durchführung kommen.“

Briefkasten der Redaktion.

N. N. 12. In Goldb. liegen das 1. und das 3. Bataillon des 89. Infanterie-Regiments und die 1. Eskadron des 12. Ulanen-Regiments.

G. C. Wäschefabrik. Wir bitten die Dame, die in der Fabrik arbeitet, sich persönlich zu uns zu bemühen.

Starton- Arbeiterinnen!
Die Fabrik von Gohu u. Friedländer, Stralauerstr. 59, ist wegen der vorgekommenen Angriffe auf die Sittlichkeit gesperrt.

Bekanntmachung.
Die Generalversammlung der Orts-Krankenkasse der Nadler und Siebmacher findet statt am Sonntag, den 18. November, Vormittags 10 Uhr, in Wille's Restaurant, Andreasstr. 26.
Tagesordnung:
1. Verlesung des Protokolls. 2. Neuwahl von drei Vorstandsmitgliedern (ein Arbeitgeber, zwei Arbeitnehmer). 3. Wahl des Rechnungsausschusses für die Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres. 4. Antrag des Vorstandes auf Gehaltsverhöhung des Kassensführers. 5. Ernächtigung des Vorstandes: a) zur Abschließung eines Vertrages mit dem Verein der freigewählten Kassenzurück; b) zum Beitritt zu einem Verbands gemäß § 46 des R. N. Ges. 6. Verschiedenes.
Der Vorstand:
W. Rusche, E. Hüpenbecker, Vorsitzender, Schriftführer.

Bekanntmachung.
Orts-Krankenkasse der Messerschmiede zc.
Am Sonnabend, den 17. November 1894, Abends 8 1/2 Uhr, findet bei Wernau, Rosenhallerstr. 57, die ordentliche General-Versammlung statt.
Tagesordnung:
1. Wahl von drei Ausschussmitgliedern zur Abnahme der Jahresrechnung. 2. Wahl von drei Vorstandsmitgliedern, 1 aus der Mitte der Arbeitgeber, 2 aus der Mitte der Kassensmitglieder. 3. Antrag mehrerer Mitglieder bei der letzten Generalversammlung behufs Gehaltsverhöhung des Kassendirektors; Antrag des Kassendirektors desgleichen. 4. Beschlussfassung über die Aenderung des § 39 des Statuts. 5. Verschiedenes.
Arbeitgeber, die zuzahlen, sind hiermit eingeladen. Der Vorstand.

Musikalien u. Instrumente
aller Art gut und sehr preiswerth.
Reparatur-Werkstatt.
Verleih-Institut für sämtliche Instrumente.
G. Tschentscher,
19 Alte Schönhauserstr. 19

Gelegenheitskauf
für Brautleute: Im Möbelspeicher Neue Königstr. 59, vorn l., sollen über 100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze Zeit verlichen gewesene u. neue Möbel spottbillig verkauft werden. Ganze Einrichtungen 100, 150, 200-1000 M. Teilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Kleiderpinden 15, Küchenspinden, Kommoden 12, Sophas 15 M., Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen 18, Aufbaum-Kleiderpinden 30, Stühle 3 Mark, hochfeine Nischel-Kleiderpinden 40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herrenschreibtische, Damenschreibtische 30, Eschreibebureau, Schreibsekretäre 15 Mark, Garderobenspinden, Paneele, Sophas 75, Buffets, Trumeaus 65 M., Betten, Kommissentische, alles spottbillig. Auch einzelne Gegenstände werden zu Engrospreisen verkauft. Empfehle allen Herrschaften, mein größtes Möbellager Berlins zu besichtigen u. sich von den staunend billigen Preisen zu überzeugen. Gekaufte Möbel können bis Januar kostenfrei stehen bleiben und werden durch eigene Gespanne transportiert und aufgestellt.

Rohtabak.
Grösste Auswahl. Billigste Preise. Formen, Bockfaçon, wieder vorrätig.
Heinrich Franck,
Brunnenstr. 185.

Angelaufen werden stets jede Anzahl weißer Mäuse, Tatzmäuse, Meerschweinchen, Lachtauben, Eichhörnchen, Kanarienvögel, Tauben, Redtmann, Madaisstr. 2, am Schleifischen Bahnhof. 844b

Ausgiebigste Verwerthung
alter Wollfaden 461b
Franseckistr. 27 2 Tr. r.

Homöopath. Arzt Dr. Bösch, Linteastraße 149, 8-10, 6 1/2 7, Sonntags 8-10 Uhr. 74L*

Achtung!
Zahnerlan, auch Theilzahl, wöchentl. 1 M., Guckel, Laufiger Pl. 2, Eisaffersstraße 12.

Charlottenburg.
Öffentliche
Kommunal-Wählerversammlung
am Freitag, 9. Nov., Abends 8 Uhr, in „Bismarckshöhe“, Wilmersdorferstr. 39
Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehenden Stadterordneten-Wahlen. 2. Berichterstattung durch unsere Vertreter im Stadterordneten-Ausschuss. 3. Aufstellung der Kandidaten im 2., 5. und 6. Kommunal-Wahlbezirk.
255/5 Der Einberufer.

Achtung! Charlottenburg. Achtung!
Gr. öffentl. Gastwirths-Versammlung
am Freitag, den 9. November, Nachm. 3 Uhr, im Lokale „Bismarckshöhe“, Wilmersdorferstr. 39.
Tages-Ordnung:
1. Wie stellen sich die Gast- und Schankwirthe zur Verlängerung des Bierbrogotts? 2. Wie haben sich die Gast- und Schankwirthe in Zukunft zu organisiren?
255/6

Gesang-Verein „Freiheitsklänge II“
(Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes). 870b
Sonnabend, den 10. November 1894:
7. Stiftungs-Fest
in Schneider's Gesellschaftshaus, Belforterstr. 15.
Herren 50 Pf., Damen 30 Pf. Genossen willkommen. Kein Ringbier!
Künstl. Zähne 2 M. Vollst. schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Reparatur sofort. Theilzahlung. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr. [678b]

Halb und Halb.
Mampe mit Pomeranzen
Feinste Likörmischung
Champagnerflasche Mark 1,25
Carl Mampe
Likörfabrik Berlin, N. 28
In allen Colonialwaarenhandlungen



Wegen **Umbau** meiner **Geschäftsräume** gelangen die **Restbestände** meines seit 21 Jahren bestehenden Waarenlagers:
Teppiche! Fertige Wäsche!
Gardinen! Steppdecken!
Portieren! Feinwaaren!
zu **spottbilligen Preisen zum Ausverkauf.**
Am Stadtbahnhof
J. Brünn
Am Stadtbahnhof
4. Hackescher Markt 4.

Uhren- u. Goldwaaren, gut u. billig, da ich Ladennisthe erspare, jede Uhr zu repariren u. reinigen, Feder unter Garantie 1,25 M. Hirschfeld, Uhrmacher, Rosenthalerstr. 67 u. 2 Tr.
Rum
echt u. Façon-Literflasche à 1,10, 1,60, 2,-, bei 5 Flaschen à 10 Pf. billiger.
Echt Stenodorfer Likör à Liter 1,20, 5 Liter 5,50, 10 Liter 10,-.
Ingber-Likör, magensäurend, Literflasche à 1,10, 1,60, 2,-.
Himbeer-Kirsch-Johannisbeersaft, vorzügl. Literflasche à 1,30.
Eugen Neumann & Co., 6a, Belle-Allianceplatz 6a.
81, Neue Friedrichstr. 81. 8, Oranienstr. 8. 29, Genthinerstr. 20.
121M Niederlage in Potsdam 27, Waisenstr. 27.

Avis! Avis!
Renz' Ball-Salon
27 Naunyn-Strasse 27
steht Vereinen und Privatpersonen zu öffentlichen und Vereins-Versammlungen, sowie Festlichkeiten jeder Art wieder zur Verfügung. 1028L*
Ringfreies Bier. Ringfreies Bier.

Julius Henke (früher Blumenstraße 38).
Halt!
Jeden Donnerstag Abend:
Grosses Gänse-Ausspielen
auf dem Billard bei 880b
G. Gohlan, Sebastianstr. 81.
Auschant Münchener Brauhaus.
Papierabfälle 871b
kauft S abersky, Voßringerstr. 64.
Strafsachen,
Klagen, Befehle, Zahlungsbefehle, Alimentenfachen, Uebersetzung in Französisch, Englisch und sämtliche Geschäft-Angelegenheiten fertigt 2557b
Bureau Fortuna, Blumenstr. 56, II. 8-10, 4-7.
Pianino kauft Rube, Adalbertstr. 68.

[1000] Damen!!!
Seiden-Plüschjaquets mit kleinen scheinbaren Webefehlern 12-30, Abendmäntel auf Seide wattirt u. Pelzbefah 8-15. Seiden-Matellasse-Mäntel, Capes v. 12-30. Regenmäntel, um z. räumen, 5-12. Neueste Winterjaquets 5-25 M. Landsbergerstr. 48 L.

Unstetig beste u. billigste Bezugsquelle
Silber
Herrenarmenuhr, 2 Jahre Garantie, kein Risiko, da Umtausch gern gestattet. Gg. Kasse. M. 10.50.
Verl. g. L. Preisliste. N. K. v. 5. Repralatur v. 6.
Louis Lehrfeld, Pforzheim, 188



Möbel-Gelegenheitskauf
zu außerordentlich billigen Preisen. Für Brautleute ganze Einrichtungen von 200-1000 M. Teilzahlung gestattet. Elegante Aufbaum- u. Mahagoni-Kleiderpinden u. Vertikows 30 M., einfache 20 M.; Sophas, Bettstellen mit Matratze 20 M.; Waschtolletten, Küchenspinden, Kommoden 12 M.; Stühle 3 M.; Sophasische 6 M.; Säulen-Trumeaux 65 M.; Plüschgarnitur 60 u. 100 M.; Paneele, Sophas 80 M.; Buffets, Silber-schränke, Herren-Schreibtische, Schreibsekretäre, Zylinder-Bureau, Spiegel (wenig gebrauchte) zu halben Preisen und sollte es Niemand veräumen, wer gut und reell kaufen will, mein großes Lager zu besichtigen. Gekaufte Möbel werden bis Januar kostenfrei aufbewahrt, transportirt und aufgestellt.
Schützenstr. 2, Möbelfabrik.

In **Roh-Tabaken** und **Utensilien** für Cigarren-Fabrikanten
!! billigster Einkauf!!
W. Hermann Müller
Berlin
Neue Friedrich-Strasse 9.
Streng reelle Bedienung.
Creditgewährung nach Uebereinkunft!!
Ein Jeder mache den Versuch.

Milchfäße, Kannen, Satten, Waße, Siebe, Tafelwaagen, Lampen, Nähapparate, Buttermaschinen, Butterkneten, Drebbollen.
Jordan, Al. Markstr. 28.
37 Als anerkannt reelle und billigste Einkaufs-Quelle des Süd-Ostens für **Gold-, Silber-, Alfenidewaren** (Eg. Fabr.) goldene u. silberne Uhren empfiehlt sich
H. Gottschalk,
Goldarbeiter und Uhrmacher,
37 Admiral-Strasse 37

Möbel-Kaufgelegenheit
bietet sich Brautleuten zc. im Möbelspeicher, 8678*
Rosenthaler-Strasse 13, 1.
Dahelbst stehen täglich zum Verkauf: neue gediegene Möbel zu außerordentlich billigen Preisen, gebrauchte und verlichen gewesene Möbel zu wahrhaften Spottpreisen. Teilzahlung gestattet. Kleiderschränke 15, Küchenspinde, Kommoden 12, Sophas 15, Bettstellen mit Matratzen 18 Mark, Aufbaum-Kleiderschränke, Vertikows 30, Stühle 3, Nischelspinden 40, Trumeaux 65, Paneele, Sophas 75, Plüschgarnituren 60 Mark. Herren-Schreibtische, Schreibsekretäre, Buffets, Kommissentische, Spiegel, alles staunend billig. Gekaufte Möbel können auf meinem Lager speicher bis April kostenfrei stehen bleiben und werden durch eigene Gespanne transportirt und aufgestellt.

Carl Meyer, a. d. Stadtbahn 23 II
Feuer-, Glas-Versicherung, sucht Agenten bei Gehalt, Provision, Spesen. 9212*
Möbel, gebraucht, kauft Möbel-Handlung Rosenthaler-Strasse 18.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L*
am hiesigen Plage wie bekannt **grösste Auswahl!**
Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Presskohlen,
anerkannt beste Heizkraft, wenig Asche gebend. 92
Preise pro November:
Marke Centrum I, 18 Ctm. lang 6,50 M.
Beste Senftenberger Marie, 16 Ctm. lang 5,25 "
Beste Senftenberger, stärkeres Format, 18 Ctm. lang 5,75 "
Senftenberger Zise, 18 Ctm. lang 7,-
pro Tausend frei Keller mit Fuhrlohn und Paden.
Probekohlen gratis frei Haus.
Frischeisen & Co.,
Muschauerstr. 4,
nahe Görlitzer Bahnhof
Vergstr. 35a. Unter den Linden 20.

Armin-Hallen
Kommandantenstraße Nr. 20.
Säle und Vereinszimmer
von 20-600 Personen.
Halt!
Heute Abend: **Großes Gänse-Ausspielen** auf dem Billard bei **G. Schultz,** Wasserthorstr. 55. Auschant Münchener Brauhaus.

Echt Grätzer Export-Bier!
Versand in Flaschen, aus der ersten Grätzer Export-Bier-Brauerei von 8630*
Th. Grünberg,
Grätz i. Posen.
Stets gut abgelagerte Waare, in hochfeinster, goldklarer Qualität. Perusprocher Amt Schönberg No. 92.
A. Seidler,
Schöneberg bei Berlin, Sedanstraße 73-75 und 82.

Evora-Bräu
Fürth-Nürnberg,
in vorzügl. Qualität empfiehlt in Gebinden von 17 Litern an, auch in Flaschen.
Otto Linke, Lagerhof 3.
Telephon Amt III Nr. 404.
Säle zu Versamml. u. Festlichkeit, auch Sonntags, Oranienstr. 180.

Münchener Brauhaus
hier. **Faschenbiere,** vorzüglich, liefert ausschließlich laut Bestätigung der Direction, Plossner, Voßringerstr. 9.
Kleiner Saal und Vereinszimmer zu vergeben Kaiserstraße 11. Auschant Münchener Brauhaus. 875b
Böckstr. 89 kleine Wohnungen sofort billig zu verm. 867b

Arbeitsmarkt.
Musikinstrumenten-Arbeiter! Streik!
Die Kollegen aller Branchen d. Piano-fabrik von R. Ulbrich, Krautstraße 14, haben infolge Lohn-differenzen die Arbeit niedergelegt. — Die Piano-fabrik von Böhm & Soll, Eisenbahnstr. 15, und Wuthe, Langestraße Nr. 52, ist für alle Branchen gesperrt.
Thue jeder Kollege seine Pflicht!
Alle Anfragen, soweit sie die Lohnkommission betreffen, sind zu richten an A. Kleinlein, im Lokale Naunyn-straße 78 bei Böker (fr. Rohr). 1983 Die Lohnkommission.

Tüchtiger Dirigent 879b (Komponist) übernimmt Gefangene. Offerten unter „Dirigent“ nimmt die Exped. entgegen.

Für die hiesigen Leser liegt der heutigen Nummer unserer Blattes die gefrische Gewinnliste der preuß. Lotterie bei.